

Protokoll des Einwohnerrates
22. März 2023

Vorsitz	Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	38
Ort	Mehrzweckhalle Dorfstrasse, Windisch
Entschuldigungen	Marco Jacopini (SP) Nadja Sträuli (GLP)
Aufschaltung Axioma	21. Juni 2023
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 11. Juli 2023 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Ich heisse die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die Gäste und die anwesenden Pressevertreter zur Sitzung in der Mehrzweckhalle Dorfstrasse willkommen.

Gedenken Kurt Wernli

Am 05. März 2023 ist unser Altregierungsrat Kurt Wernli im Alter von fast 81 Jahren verstorben. Kurt Wernli war nie Mitglied des Einwohnerrates, trotzdem würdige ich ihn kurz. Er hat sich als Lehrer und Rektor der Bezirksschule Windisch stark für die Belange von Windisch eingesetzt, auch als Verfassungsrat und anschliessend als Grossrat von 1983 bis 1999. Während seinem Jahr als Grossratspräsident wurde er zum Regierungsrat gewählt. Von 1999 bis 2009 war er Vorsteher des Departements des Innern. Er war nicht nur mein Chef, er war auch mein Nachbar.

Schweigeminute Kurt Wernli

Die Traktandenliste wurde zugestellt. Das Traktandum 8 «Beantwortung Interpellation Luzia Capanni (SP) Parkplatzsituation Königsfelden» hat der Gemeinderat zurückgezogen.

T r a k t a n d e n l i s t e

- 1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten
- 2 Erneuerung Klosterzelgstrasse; Zusatzkredit
- 3 Heizungserneuerung Werkhof und Annexbauten; Verpflichtungskredit
- 4 Finanz- und Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl für den Rest der Amtsperiode 2022/2025
- 5 Motion Ligia Vogt und Mitunterzeichnende «Sensibilisierungs- und Präventionskampagne häusliche Gewalt»; Abschreibung
- 6 Postulat FDP-Fraktion «Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag»; Beantwortung
- 7 Interpellation Elsbeth Hofmänner (Die Mitte) «Baumersatz im Breit- und Joggelacker»; Beantwortung
- 8 Interpellation Die Mitte-Fraktion «Stromtarife»; Beantwortung
- 9 Motion Fraktion Grüne, SP, EVP, die Mitte, GLP; Schwammstadt; Überweisung

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

- 10 Postulat SVP-/FDP-Fraktion; Evaluierung von Sparpotential in der Gemeinde Windisch; Überweisung
- 11 Postulat SVP-/FDP-Fraktion; Desinvestitionspotentiale; Überweisung
- 12 Postulat SVP-/FDP-Fraktion; Verzicht auf ein extern erstelltes Klimakonzept; Überweisung
- 13 Beantwortung von gestellten Fragen 22.03.2023
- 14 Mitteilungen des Gemeinderates 22.03.2023
- 15 Neueingänge 22.03.2023

Die Traktandenliste gilt in der vorliegenden Form als genehmigt.

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Ich muss zwei Rücktritte bekannt geben. Kathrin Büchli (EVP) tritt aus dem Einwohnerrat und der FIGPK zurück, weil sie aus Windisch wegzieht. Ich bedaure den Rücktritt.

Stefan Fehlmann (EVP): Gerne verdanke ich den Einsatz von Kathrin Büchli, den wir an der GV noch würdigen werden. Kathrin Büchli war leider nur kurz, rund 2 ½-Jahre im Einwohnerrat. Martin Schibli war etwas länger im Amt, und wir haben uns gefreut, dass wir mit Kathrin Büchli für die EVP eine kompetente junge Frau gewinnen konnten, so wie wir es mit Madeleine Nater bereits hatten. Wir sind traurig, dass sie bereits wieder geht. Wir verlieren eine kompetente Einwohnerrätin und danken für ihren Einsatz, auch in der FIGPK. Als Kleinpartei ist es für die EVP nicht selbstverständlich, nebst dem Präsidium noch eine zweite Vertretung in der Kommission zu haben.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Yanik Binder wurde bei den Gesamterneuerungswahlen in den Einwohnerrat gewählt. Aus Studiumsgründen tritt er ebenfalls Ende März zurück. Schade, verlässt uns Yanik Binder bereits wieder, leider verlieren wir ein sehr junges Mitglied. Dies ist wahrscheinlich der Preis, den wir bei jungen Mitgliedern bezahlen müssen, da sie noch am Anfang ihrer Berufskarriere stehen. Diese ist natürlich wichtiger, als die Tätigkeit im Einwohnerrat. Schade und weiterhin alles Gute.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Martin Gautschi (FDP): Die FDP-Fraktion bedauert den Rücktritt sehr und wir werden Yanik Binder sehr vermissen. Wir verstehen den Grund, in St. Gallen besteht weniger Bezug zur Gemeinde. Ich fand es als Wahlkampfleiter toll, dass wir auch junge Kräfte für den Einwohnerrat gewinnen konnten. Die Mitarbeit von Yanik Binder hat der Fraktion gutgetan. Alles Gute und vielen Dank.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Der Einwohnerrat hat an der letzten Sitzung die Vergabe für den Verpflichtungskredit der Schulanlage Dohlenzelg gesprochen. Verwaltungsleiter Marco Wächter hat über das weitere Vorgehen informiert: Die Volksabstimmung findet am 14. Mai 2023 statt, die Abstimmungsunterlagen werden Ende April 2023 in die Haushalte verteilt.

Der Einwohnerrat hat dem Kredit mit grosser Mehrheit und ohne Gegenstimme zugestimmt. Diesen Elan gilt es in die Bevölkerung hinauszutragen, damit wir auch hier ein gutes, positives Ergebnis erzielen können.

Fraktionserklärungen

Luzia Capanni (SP): Die SVP hat im Vorfeld der Sitzung, auch im Namen der FDP, Vorgaben zum Abstimmungsverhalten an der heutigen Sitzung gemacht. Dies als Voraussetzung für eine gemeinsame interfraktionelle Erklärung als Unterstützung für die Volksabstimmung über die Schulanlage Dohlenzelg. Der Präsident hat es erwähnt, der Einwohnerrat hat im Januar dem Kredit für die Schulanlage Dohlenzelg ohne Gegenstimme zugestimmt. Aber er hat keinen Totschlag für zukünftige Investitionen beschlossen. Die SP steht weiterhin hinter allen Auf- und Ausgaben, welche nötig sind, um Windisch zukunftsfähig zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wir werden weiterhin nach sachlichen Gesichtspunkten die einzelnen Vorhaben beurteilen: Sind sie sinnvoll? Nützen sie Windisch? Sind sie finanzierbar? Und sind sie gut aufgegleist? Windisch ist kein Armenhaus. Ein extremer Sparkurs ist nicht nötig. Wir können einen Entwicklungsstillstand in unserer Gemeinde in den nächsten Jahren nicht verantworten. Wir unterstützen Projekte, die dazu beitragen, dass sich die Jugend, Familien, überhaupt alle Menschen, in Windisch zuhause fühlen und bestmöglich entfalten können. Dies erfordert auch Massnahmen fürs Klima und Vorhaben für die Klimaanpassung. Sie steigern die Wohnqualität. Diese späteren Generationen zu überlassen, ist aus unserer

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Sicht verantwortungslos und wird viel höhere Kosten verursachen. Sollte trotz Unterstützung durch den Einwohnerrat die Schulanlage Dohlenzelg in der Volksabstimmung abgelehnt werden, wären rund 5 Mio. Planungskosten in den Sand gesetzt. Die Folgekosten der Planung für den benötigten Schulraum sind dabei noch nicht berücksichtigt. Aus unserer Sicht ist der aktuell praktizierte Stil von SVP und FDP nicht förderlich, um gemeinsam Lösungen für die nachhaltig Entwicklung von Windisch zu finden.

Bruno Kaufmann (FDP): Es geht noch weiter als Windisch, wir haben es geschafft schweizweit Schlagzeilen zu machen. Ein Vermieter hat mit dem Kanton die Unterbringung von Asylbewerbern geplant, ohne dass der Kanton die Gemeinde einbezogen hat. Die Gemeinde hat erst davon erfahren, als 49 Kündigungen ausgesprochen wurden. Der Gemeinderat hat sofort reagiert, mit dem Resultat, dass der Kanton mit dem von ihm finanzierten Anlaufstelle den gekündigten Mietparteien hilft und sich öffentlich für die Fehler im Kommunikationsprozess entschuldigt hat. Wir danken dem Gemeinderat für die gute geleistete Arbeit und bitten, sich weiter zu engagieren, damit in Zukunft die Kommunikation besser funktioniert.

2 Erneuerung Klosterzelgstrasse; Zusatzkredit

Eintreten ist unbestritten.

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Dem Gemeinderat ist eine hitzeangepasste Siedlungsentwicklung wichtig und er nimmt dieses Thema sehr ernst. In unserer BNO ist verankert, dass sauberes Wasser, wie Sickerwasser, Grundwasser und Fremdwasser versickert und in ein oberirdisches Gewässer eingeleitet werden muss. Das von Dächern und versiegelten Flächen anfallende Wasser ist unter Einhaltung der Gewässerschutzvorschriften soweit möglich versickern zu lassen oder in ein Gewässer einzuleiten. Diese Massnahmen aus dem Konzept «Schwammstadt» sollen das Entwickeln von Hitzeinseln verhindern.

Der Einwohnerrat hat im März 2022 für die Sanierung der Klosterzelgstrasse im Rahmen der Werterhaltungsstrategie einen Verpflichtungskredit von rund CHF 1.8 Mio. für die fachgerechte Erneuerung der Werkleitungen gesprochen. Geplant war, dass für die

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Gestaltung der Strasse ein externes Fachgutachten erstellt wird und je nach Massnahmen, der Einbezug von Verkehrskommission und Quartierverein. Der Einwohnerrat hat mit einem Zusatzantrag den Auftrag erteilt, die Klosterzelgstrasse neu zu gestalten. Ein Verkehrsplaner soll bei der Ausarbeitung des Projektes aufzeigen, wie der unerwünschte Durchgangsverkehr verhindert und eine wirksame Verkehrsberuhigung umgesetzt werden kann. Die Klosterzelgstrasse soll für alle Verkehrsteilnehmer sicher sein und die gute Gestaltung einen Beitrag für eine hitzeangepasste Siedlungsentwicklung leisten. Das Fachgutachten muss mit dem Quartierverein Klosterzelg-Reutenen und der Verkehrskommission besprochen und bei der Neugestaltung berücksichtigt werden. Der Zusatzantrag wurde im Laufe des letzten Jahres bearbeitet. Verschiedene Varianten wurden geprüft, heute liegt der notwendige Zusatzkredit vor. Mit den zusätzlichen Grünflächen und Bäumen und der Förderung einer natürlichen Wasserversickerung im Strassenraum wird der Hitzeentwicklung im Siedlungsgebiet Klosterzelg entgegengewirkt und die Artenvielfalt gefördert. Es handelt sich dabei um Massnahmen aus dem Konzept Schwammstadt. Die zusätzliche Verkehrsberuhigung mit Grünstreifen in der 30-er Zone und das Hervorheben der Querung Arenafussweg/Birkenstrasse wird das Verkehrshalten hoffentlich ändern. Sie bringt Sicherheit für Fussgänger und Velofahrer, sei es auf der Klosterzelgstrasse oder bei den Querungen. Die Neugestaltung steigert die Qualität der Klosterzelgstrasse als Begegnungs- und Bewegungsraum. Zunehmen werden die Unterhalts- und Betriebskosten, die Einnahmen aus Parkplatzgebühren fallen inskünftig weg. Dies hat Auswirkungen auf die Jahresrechnung. Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung des Zusatzkredites über CHF 389'000.

Giovanna Feusi, Sprecherin FiGPK (SP): Die FiGPK hat den Kredit vor einem Jahr detailliert geprüft und festgestellt, dass die oberirdische Gestaltung der Quartierstrasse fehlt und zu wenig Informationen für einen Entscheid vorhanden sind. Die neue Botschaft mit Plan liegt nun vor. Leider wurde nur eine Variante finanziell bearbeitet und die Kosten sind mehr als 10 % höher als ursprünglich geplant. Die Risiken und Kosten der geplanten Grüninseln sind für eine Mehrheit der FiGPK zu hoch, um dem Kredit zuzustimmen. Die Vorlage beinhaltet keine Varianten, welche den Vorgaben des kommunalen Gesamtplans Verkehr ebenfalls entsprechen und allenfalls günstiger sind. Infolge fehlender Alternativen empfiehlt die Mehrheit der FiGPK den Zusatzkredit zur Ablehnung.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**Detailberatung

Mirjam Aebischer (SP): Eine neue Strasse wird über 40 Jahre abgeschrieben. Sie muss deshalb so geplant werden, dass sie die Anforderungen während mindestens dieser Zeit erfüllt. Die Anforderungen verändern sich, zukünftig sehe ich insbesondere Anpassungen an den Klimawandel bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes. Mehr Raum, mehr Sicherheit auf der Strasse für Kinder, Betagte und den energiesparenden Langsamverkehr und nicht zuletzt mehr Wohnqualität an Strassen durch das verdichtete Bauen. Die Konzepte der Vergangenheit können nicht einfach in die Zukunft projiziert werden.

Wir freuen uns über das auf die Zukunft ausgerichtete Projekt. Eine Erneuerung der Klosterzelgstrasse wird in den nächsten 40 Jahren nicht mehr notwendig sein. Der heutige Entscheid muss gut überlegt sein, er hat Auswirkungen für eine lange Zeit. Die Grundlagen von KGV und NLEK zeigen den Weg in die Zukunft auf. Der Quartierverein unterstützt das vorliegende Projekt. Was macht es speziell? In den letzten Jahren hat es lange Trockenperioden gegeben, anschliessend hat es stark geregnet. Die Regenmenge hat sich insgesamt nicht verändert, aber sie kommt plötzlich und massiv. Das Projekt ist speziell, weil es diesen Umstand berücksichtigt. Das langsame Versickern des Regenwassers ist bei Starkregen besonders wirksam. Dieser Punkt ist der wertvollste an diesem Projekt und zukunfts ausgerichtet.

Gestützt auf KGV und NLEK sehen wir Handlungsbedarf bei der Neugestaltung der Strasse. Der Gemeinderat hat möglicherweise eine andere Meinung, dann bitte ich um eine Stellungnahme. Zum KGV: Im FiGPK-Bericht sind die entsprechenden Artikel aus Kapitel 6 enthalten, zum Beispiel Vermeidung Schleichverkehr, Erhöhung Verkehrssicherheit für Betagte und Schüler, durchgängiges Velonetz usw. Gemäss KGV, Seite 44, werden die Kabelwerke Brugg über den Campus erschlossen. Trotzdem verursacht der Verkehr der Kabelwerke einen Konflikt im Quartier Klosterzelg, da er bei der Kreuzung nicht wenden kann. So steht es im KGV. Die mittlerweile sanierte Kreuzung erlaubt nun eine Wendung. Eine grosse Anzahl Sattelschlepper, wir sprechen von 40 Tonnen, benützt die Strasse an Werktagen, obwohl der offizielle Weg über die Industriestrasse führt. Weshalb keine Fahrbeschränkung für Sattelschlepper besteht ist unklar. Die Schulwegsicherung für Kinder ist deshalb umso wichtiger. Zurzeit queren ca. 20 Kinder die Klosterzelgstrasse auf dem Weg in den Kindergarten und die Primarschule. Auf

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Seite 70 des KGV werden die Konfliktpunkte mit dem Fuss- und Veloverkehr genannt, diese werden mit den vorliegenden Krediten entschärft.

Das NLEK listet in den Handlungsfeldern die Vermeidung von hoher Versiegelung auf. Beim Projekt «3-2-1-Heiss» im letzten August hat die Fläche Fachhochschule Süd, unmittelbar an der Klosterzelgstrasse, zu den heissesten Messpunkten gehört. Das NLEK weist zudem darauf hin, dass es in den Nachverdichtungsräumen mehr Qualität im Freiraum braucht. Ohne flankierende Massnahmen kann nicht verdichtet werden. Die Klosterzelgstrasse ist der wichtigste öffentliche Raum in der neu geschaffenen Zone W2N im Klosterzelg. Die Aufenthaltsqualität an diesem Ort ist für das ganze Quartier sehr wichtig. Die Auswertung der Mitwirkung der Planung Stadtraum zeigt, dass ein grüneres und aufenthaltsfreundlicheres Quartier ein viel genanntes Kriterium ist. Der Stadtraum grenzt unmittelbar an das Quartier an. Im Rahmen des NLEK ist auch das Konzept Schwammstadt zu erwähnen, dieses eignet sich sehr gut für die Klosterzelgstrasse. Gemäss Planungshilfe Schwammstadt ist es eine Strasse mit geringer Belastung, bis 5'000 Fahrzeuge pro Tag. Die Risiken des Pneuabriebs für die Regenwasserversickerung in den Grünflächen mit Pflanzensubstrat sind überschaubar. Das Risiko einer Ölhavarie, wie es die FIGPK erwähnt, betrachten wir als sehr gering. Meines Wissens hat sich in den letzten 40 Jahren noch nie ein Ölunfall ereignet. Ölheizungen sind eher Auslaufmodelle und die heutigen Autos sind bezüglich Ölverlust viel robuster. Ich bin sicher in wenigen Jahren wird die Strassengestaltung gemäss Schwammstadt Standard sein. Es freut mich, dass die Gemeinde Windisch bereits heute an die Zukunft denkt und die Umsetzung angeht.

Unser Entscheid muss auf die Zukunft ausgerichtet sein, die Gestaltung der Klosterzelgstrasse wird in den nächsten 40 Jahren kein Thema mehr sein, unser Entscheid wird sich lange Zeit zu einem unschlagbaren Preis auswirken. Sind CHF 194'000 Gemeindebeitrag wirklich zu viel für eine Strasse, welche Hitzeangepasst ist, bei Starkregen die Kläranlage nicht noch mehr flutet, eine hohe Aufenthaltsqualität hat und die Kinder sicherer über die Strasse können, weil das Tempo 30 eingehalten wird. Der Beitrag unserer Gemeinde ist tragbar und die Wirkung für das Quartier sehr gross.

Das ursprüngliche Projekt ist aus unserer Sicht nicht KGV-Konform. Eine Rückweisung wird ebenfalls Mehrkosten zur Folge haben. Der Einbezug der Strassenentwässerung über die Grünflächen erlaubt, die Abwasserkasse beizuziehen. Ich bitte der Vorlage zuzustimmen.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Eliane Frei (Grüne): Der Zusatzantrag für die Neugestaltung der Strasse wurde vor einem Jahr gutgeheissen. Was bedeutet das? Gibt es eine Begegnungszone mit spielenden Kindern und einer Quartierbar mitten auf der Strasse oder muss sie ohne Hindernisse so breit sein, dass die Lastwagen problemlos durchfahren können? Wahrscheinlich weder noch. Viele Leute haben letztes Jahr einen grossen Einsatz geleistet, um die durch die Strasse abzudeckenden Bedürfnisse zu eruieren. Ich danke der Verwaltung, den Kommissionen und Vereinen und den weiteren Beteiligten für den geleisteten Einsatz. Das Projekt ist ausgewogen und beinhaltet alles Wichtige. Im Gegensatz zum im Raum stehenden 1:1-Ersatz bringt dieses Projekt einen riesigen Mehrwert. Es verbessert die Sicherheit der Fussgänger, vor allem für Schulkinder, welche noch nicht über Autos hinwegsehen können und beim Queren der Strasse nicht sehen, ob ein Auto kommt. Die Markierung der Kreuzung des Veloweges schafft für die Velofahrer eine sichere Querung der Strasse. Durch das geplante Parkleitsystem an der Zürcherstrasse konzentrieren sich die Parkplätze auf die Fachhochschule und diese befinden sich am Anfang der Strasse. Der Parkplatz-Such-Verkehr im Quartier und die gefährlichen Wendemanöver in den Seitenstrassen werden so eliminiert. Die Lastwagen können weiterhin hindurch fahren, sollte das Wenden in den Kabelwerken einmal nicht klappen. Mirjam Aebischer hat es erwähnt, im Projekt «3-2-1-Heiss» ist der Grossteil der Klosterzelgstrasse als sehr heiss erfasst worden. Die Klimakarten des Kantons belegen dies. Die Bäume schaffen in Zukunft Abhilfe. Die zukunftsorientierte Entwässerung mit Versickerungsmöglichkeiten ist bei künftigen stärkeren Regenfällen für die Kanalisation hilfreich. Sehr viele Anliegen sind einbezogen worden. Das vorliegende Projekt ist keine grüne Wunschliste mit Begegnungszonen und Spielplatz und es ist keine zuparkierte Autorennstrecke. Das Projekt ist ausgewogen und bezieht die verschiedenen Anforderungen ein. Die Aufnahme der Versickerungsmöglichkeiten erlaubt, einen grossen Teil zu Lasten der Abwasserkasse zu finanzieren. Diese ist gut aufgestellt. Was bleiben sind die regulären Kosten von CHF 190'000 und der steigende jährliche Unterhalt. Für eine Quartiersammelstrasse mitten in einem Entwicklungsgebiet ist dies nicht viel Geld. Die Grünen sagen klar ja zu dieser Vorlage und wir bitten den Rat, dies ebenfalls zu tun. Für die Sicherheit der Schüler auf dem Schulweg, für die Sicherung der Lebensqualität im Quartier – trotz der geplanten Verdichtung – und für eine Strasse, welche auch in den nächsten 40 Jahren den klimatischen Anforderungen genügen wird.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Bruno Kaufmann (FDP): Die FDP kann die Argumentation der FiGPK gut nachvollziehen. Die Botschaft enthält gute Ansätze, die Risiken dürfen trotzdem nicht vernachlässigt werden. CHF 200'000 werden beantragt, in die langfristige Planung sind die wiederkehrenden hohen Kosten in Zusammenhang mit dem Schulhaus einzubeziehen. Der Pneuabrieb ist eine der höchsten Quellen von Mikroplastik, im Winter gibt es Salz, es kann einen Brand geben oder Öl auslaufen, dann ist eine Sanierung analog Fröschegräben notwendig. Risiken bestehen, Erfahrungen damit gibt es wenige. Der Unterhalt wird komplizierter, beispielsweise die Laubräumung. Es geht um einen Zusatz, ein Projekt mit Pilotcharakter. Ich wiederhole mich, im Hinblick auf das Schulhaus müssen wir auf riskante Projekte mit langfristigen Kostenfolgen verzichten. Wir plädieren auf Ablehnung.

Oliver Hager (GLP): Auch die GLP-Fraktion hat sich intensiv mit der Erneuerung der Klosterzelgstrasse auseinandergesetzt. Es wurde bereits viel gesagt, einige Punkte möchte ich noch hervorheben. Bei der Erneuerung eines Strassenraums mit der Bedeutung einer Klosterzelgstrasse muss von Beginn an eine attraktive und klimaangepasste Strassenraumgestaltung geplant werden. Dies war leider nicht der Fall, sodass sich der Fokus nun verstärkt auf die zusätzlichen Kosten konzentriert, anstatt auf das Gesamtprojekt und die damit verknüpften Qualitäten. Die etappierte Planung verursacht vermutlich höhere Kosten als eine gesamtheitliche Planung. Dies ist ärgerlich und führt in Zusammenhang mit dem Kreditentscheid Schulanlage Dohlenzelg zu einer kritischeren Prüfung mit dem Fokus auf Ablehnung des Zusatzkredites. Unter Abwägung aller Risiken sind wir der Meinung, dass sich die Investition für die Neugestaltung der Klosterzelgstrasse trotzdem lohnt. Der zukünftige öffentliche Lebensraum wird angemessen gestaltet, für alle Verkehrsteilnehmer sicherer dimensioniert und mit den Bäumen und der Regenwasserversickerung vor Ort ein wichtiger Beitrag für eine hitzeangepasste Siedlungsentwicklung realisiert. Es wurde bereits erwähnt und ich hebe es nochmals speziell hervor: Die vorgeschlagene Variante ist für uns deshalb nachvollziehbar und auch ohne ein Zeichen zu setzen unterstützungswürdig. Wir werden diesem Zusatzantrag deshalb zustimmen und hoffen, dass sich alle für einen lebenswerten öffentlichen Raum einsetzen. Wir erwarten vom Gemeinderat ein starkes Kostenbewusstsein und eine technisch einwandfreie Umsetzung im Umgang mit der Regenwasserversickerung.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Heiko Loretan (Die Mitte): Mirjam Aebischer hat es erwähnt, unser Entscheid gilt für viele Jahre und betrifft unsere Kinder und Kindeskinde. Die Idee der Schwammstadt ist unbestritten. Ich bin sicher, in 5 oder 10 Jahren ist dies der Stand der Technik. Man weiss, wie es technologisch funktioniert, materialtechnisch auch ein bisschen, aber leider fehlen die Erfahrungen. Wie verhalten sich die Materialien und wie sieht es in 10 Jahren aus? Das fehlt uns. Die FiGPK weist auf die Risiken hin. Die bestehende grosse Unsicherheit zeigt sich auch bei der Kostenkalkulation. 30% betreffen die Planerhonorare, gemäss SIA sind es 10-15 %. Trotzdem müssen wir heute ein Zeichen setzen. Eine Strasse ist nicht nur eine Strasse, wir haben es bereits gehört, sondern ein Begegnungsraum mit der Funktion einer Strasse. Ein Begegnungsraum oder Aufenthaltsraum muss man möblieren und das Verweilen muss angenehm sein. Die Mitte begrüsst eine anständige Bepflanzung der Strasse, damit man sich wohl fühlt. Eine anständige Bepflanzung schlägt nicht sieben, aber vier Fliegen auf einen Streich:

1. Wir schaffen einen angenehmen Ort
2. Wir investieren in die Zukunft
3. Wir machen einen ganz kleinen Teil für die Effekte des Klimawandels ein bisschen erträglicher
4. Wir gewährleisten die Funktion einer Strasse trotz stehenden Bäumen.

Wir stellen deshalb folgenden Antrag:

Der Antrag des Gemeinderates ist zurückzuweisen und durch folgende Alternative zu ersetzen:

- Es ist zum aktuellen Zeitpunkt noch auf die baulichen Entwässerungsmassnahmen im Sinne der Schwammstadt-Idee zu verzichten.
- Es ist in Bezug auf die Gestaltung und Begrünung der Klosterzelgstrasse mindestens die Variante Quartierverein gemäss Botschaft umzusetzen.
- Die baulichen Mehrkosten in Bezug zu den Gesamtkosten des ursprünglichen Projekts dürfen die Schwelle von 6 % (CHF 110'000) nicht übersteigen.

Philipp Ammon (SVP) Es wurde viel gesprochen. Das Votum von Heiko Loretan hat mich überrascht, ein interessanter Ansatz. Ich nehme aber Bezug auf den bestehenden Antrag. Allenfalls ist es sinnvoll, anschliessend eine kurze Pause zu machen, damit Absprachen möglich sind.

Es waren viele Voten und ich habe gehört, dass der Betrag von CHF 194'000 ein Spottpreis sei. Wir sprechen hier von Geldern, die der Bürger auf verschiedene Art und

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Weise der Gemeinde oder der Spezialfinanzierung bezahlen muss. Es ist nicht korrekt, die Eigenwirtschaftsbetriebe ausser Acht zu lassen. Heiko Loretan hat richtigerweise die fehlenden Erfahrungen angesprochen. Ich teile die Meinung, es wird die Zukunft sein. Wir haben uns in der Fraktion gefragt, erlauben unsere finanziellen Verpflichtungen die Finanzierung eines weiteren teuren Pilotversuches? Von unserer Seite ein klares Nein. Weshalb? Wir werden später über die Motion Schwammstadt diskutieren. Wird sie überwiesen, müssen grundsätzliche Gedanken angestellt werden. Bevor wir über «Schwammstadt» diskutieren, soll bereits ein Pilotprojekt mit hohen finanziellen Risiken und ohne wissenschaftliche Begleitung realisiert werden. Windisch schwimmt nicht im Geld, ob es ein Armenhaus ist, dazu kann sich jeder selbst eine Meinung bilden. Ein Pilotprojekt soll aussagekräftig sein. Es liegt ein Zusatzantrag zu einem Bauprojekt vor, wo die Baumaschinen praktisch bereitstehen. Und nun soll noch ein Pilotprojekt realisiert werden. Ein solches soll Wissen generieren, Erkenntnisse schaffen, welche geprüft und in zukünftige Projekte einfließen werden. Schnell ein Pilotprojekt aus dem Boden zu stampfen, das geht für uns nicht.

Obwohl es viele belächeln, ein Hinweis zu den Kosten. Windisch verfügt über 20 km Strassen. Am Infoabend haben wir diskutiert, dass nicht alle Strassen zwingend umgebaut werden müssen. Gehen wir von diesen 20 km aus, entstehen bei Kosten von CHF 1'000/Meter, über eine Abschreibungsdauer von 40 Jahren, zusätzliche jährliche Kosten von CHF 500'000 für den Strassenunterhalt. Das entspricht rund 2.5 Steuerprozenten. Zusätzlich fällt der Unterhalt von CHF 20/Laufmeter, ohne den Wegfall der Parkplätze zu berücksichtigen, somit nochmals CHF 40'000 an. Bei einem Vollausbau sprechen wir von rund CHF 900'000/Jahr, unabhängig davon ob wir mit 10%, 20 % oder 30 % rechnen. Die Zukunft zeigt in diese Richtung, trotzdem ist dieses Pilotprojekt zu teuer. Wir wollen von Beginn an ein als Pilotprojekt charakterisiertes Geschäft, mit Begleitung und Auswertung, diskutieren, und keinen Hüftschuss veranstalten und viel Geld ausgeben. Die SVP-Fraktion lehnt dieses Geschäft ab.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Philipp Ammon konnte sich noch zur Sache äussern, weil er sich vor dem Rückweisungsantrag gemeldet hat. Nun geht es nur noch um die Frage, Rückweisung Ja oder Nein.

Mirjam Aebischer (SP): Ich wünsche einen Unterbruch, damit sich die Fraktion absprechen kann. Kann sich der Gemeinderat zu den Folgen einer Rückweisung äussern?

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Nein.

Sitzungsunterbruch 5 Minuten

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Der Gemeinderat muss bei einer Rückweisung ein neues Projekt ausarbeiten, die Folgen sind Zusatzkosten. Die ganzen Installationen müssen zurückgebaut und später wieder aufgebaut werden. Im besten Fall kann im Oktober eine neue Botschaft vorgelegt werden. Ein Bau während des Winters ist eher unwahrscheinlich. Die Vorlage hat prioritär die Sanierung der Leitungen zum Inhalt. Diese sind bald 100-jährig und es besteht das Risiko von Leitungsbrüchen, die ebenfalls Zusatzkosten zur Folge haben werden.

Thomas Wernli (SP): Ist das Projekt vergeben? An wen ist es vergeben?

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Das ist keine Frage zum Rückweisungsantrag.

Matthias Zehnder (Grüne): Wie sieht es bezüglich Kosten aus, wenn ein Projekt ohne Versickerung vorgelegt wird? Dann können die Kosten nicht mehr über die Abwasserkasse finanziert werden.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Diese Frage kann nicht beantwortet werden. Die Diskussion beinhaltet nur: Rückweisung ja oder nein.

Luzia Capanni (SP): Ich habe eine generelle Frage: Muss jemand bei dieser Abstimmung in den Ausstand treten?

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Ich sehe niemanden, der in den Ausstand treten muss. Baumeister haben wir keine, Planer wahrscheinlich auch nicht. Anwohner müssen sicher nicht.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Matthias Knecht (FDP): Wie einige beobachtet haben, baut Meier Söhne Knecht die bestehende Strasse. Der Zusatzteil wird neu ausgeschrieben, wenn er dann so kommt. Muss ich in Ausstand treten oder nicht?

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Ich sehe keinen Grund. Es wird ein neuer Auftrag vergeben, vorher muss in irgendeiner Form eine Submission durchgeführt werden. Das ist nicht absurd, das ist so. Ich zitiere Art. 3.10 Absatz 1 der Gemeindeordnung: «Hat bei einem Verhandlungsgegenstand ein Mitglied des Einwohnerrates ein unmittelbares und persönliches Interesse, weil er für ihn direkte und genau bestimmte, insbesondere finanzielle Folgen bewirkt, so haben er und sein Ehegatte beziehungsweise eingetragener Partner, seine Eltern sowie seine Kinder mit ihren Ehegatten beziehungsweise eingetragenen Partnern vor der Abstimmung das Versammlungslokal zu verlassen». Diesen Fall haben wir nicht.

Abs. 2: «Für die Mitglieder der Verwaltung und die Direktoren von Gesellschaften mit juristischer Persönlichkeit sowie für Mitglieder von Personengesellschaften gilt die gleiche Ausstandspflicht, wenn ein Verhandlungsgegenstand die Interessen der von ihnen vertretenen Gesellschaft unmittelbar berührt.» Dies trifft nicht zu. Es ist ein Kreditantrag, Arbeiten wurden noch keine vergeben. Für den Ausstand von Matthias Knecht gibt es keinen Grund.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Einwohnerrat fasst mit 27 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt dem Rückweisungsantrag von Heiko Loretan Kühnis (Die Mitte) zu.

3 Heizungserneuerung Werkhof und Annexbauten; Verpflichtungskredit

Monica Treichler, Vizepräsidentin (SP): Unser Werkhof wird mit der Ölheizung des kantonalen Werkhofes beheizt. Der Kanton hat gestützt auf seine Energiestrategie eine eigene Luft-Wasser-Wärmepumpe realisiert und die bestehende Ölheizung direkt an die

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Fernleitung zum Gemeindewerkhof angeschlossen. Die Betriebs- und Unterhaltskosten gehen deshalb vollumfänglich zu Lasten der Gemeinde. Die Ölheizung stammt aus dem Jahr 1978 und ist am Ende ihrer Lebensdauer, die Beschaffung von Ersatzteilen wird immer aufwändiger. Ein sicherer Betrieb kann nicht mehr gewährleistet werden, die Ölheizung muss dringend ersetzt werden. Theoretisch ist ein Anschluss an die neue Heizung des Kantons möglich. Der Wärmebedarf der gemeindeeigenen Liegenschaften im Dägerli benötigt jedoch bei den Vorlauftemperaturen eine höhere Temperatur. Nebst dem Gemeindewerkhof werden die Zivilschutzanlage, der Boccia-Club und der Fussball-Club durch denselben Wärmeerzeuger mit Wärme versorgt. Ein Anschluss an die Wärmepumpenheizung des Kantons ist deshalb nicht möglich und Windisch ist gezwungen, eine eigene Wärmeerzeugung sicherzustellen.

Die Liegenschaftsstrategie sieht im Dägerli einen neuen gemeinsamen Betriebsstandort für Bauamt, Wasserwerk und Elektrizitätswerk vor. Ein entsprechendes Vorprojekt ist erarbeitet worden. Das Projekt ist infolge Überarbeitung der EW-Strategie vorläufig sistiert. Aufgrund der Dringlichkeit hat der Gemeinderat entschieden, das Projekt Heizungserneuerung vorzuziehen.

Die neue Wärmeerzeugung deckt den Wärmebedarf auch bei einem Ausbau des Werkhofes ab. Die Abteilung Planung und Bau hat zusammen mit externen Partnern verschiedene Heizungsvarianten geprüft. Die erste Variante, eine Sole-Wasser-Wärmepumpe, kommt aufgrund der begrenzten Platzverhältnisse für die benötigte Erdsonde nicht in Frage. Für eine Lösung mit einer Luft-Wasser-Wärmepumpe wären aufgrund der benötigten hohen Vorlauftemperaturen zwei Anlagen nötig, was nur bedingt wirtschaftlich ist. Die Möglichkeit von Fernwärme ist ebenfalls geprüft worden, aktuell ist kein konkretes Projekt vorhanden. Mit einer solchen Lösung kann erst in mehreren Jahren gerechnet werden. Eine Heizvariante mit Holz ist in Bezug auf ihre CO₂-Neutralität ideal. Eine Lösung mit Holzschnitzel ist diesbezüglich zu bevorzugen. Aufgrund des grossen Lagerraumbedarfs und der Art der Befüllung ist diese nicht umsetzbar. Eine Pellets-Heizung ist innerhalb der bestehenden Räume möglich, was aber nicht einem SIA-Energie-Effizienz-Pfad entspricht. Nach intensiver Auseinandersetzung ist der Gemeinderat zum Schluss gelangt, dass diese Heizungsvariante trotzdem einen hohen Grad an Nachhaltigkeit aufweist. Holz ist ein erneuerbarer Energieträger und in sich CO₂-Neutral. Die geplante Heizung ist zudem in Bezug auf die Lebenszyklus-Kosten wirtschaftlich und kann problemlos an den neuen Werkhof angeschlossen werden. Zur

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Verbesserung der Energieeffizienz hat der Gemeinderat beschlossen, die Pellets möglichst regional zu beschaffen. Damit können lange Transportwege vermieden und ein Beitrag zur regionalen Wertschöpfung geleistet werden.

Der Gemeinderat hat aus verschiedenen Gründen auf einen 1:1 Ersatz der Ölheizung verzichtet. Windisch ist Energiestadt. Der diesbezügliche Gebäudestandard sieht vor, dass der Wärmebedarf mit Abwärme oder Energie aus erneuerbaren Ressourcen oder Abfall gedeckt werden soll. Eine Ölheizung verursacht nicht nur einen immensen CO₂-Ausstoss, Öl, als fossiler Brennstoff ist endlich. Der National- und Ständerat hat 2020 beschlossen, dass ab 2026 neue Ölheizungen nur dann installiert werden dürfen, wenn das Gebäude sehr gut isoliert ist. Ölheizungen sind zwar aktuell noch erlaubt, das Parlament hat jedoch die schädlichen Auswirkungen von Ölheizungen auf unser Klima erkannt und möchte entsprechend handeln. Der Gemeinderat hat diesbezüglich eine Vorbildfunktion und macht sich unglaublich, wenn er bei Neubauten von Privaten oder beim Gestaltungsplan dem klimatischen Aspekt einen höheren Stellenwert einräumt. Die meisten in diesem Raum werden Kinder oder sogar Enkelkinder haben. Ich persönlich will meinen Nachkommen eine lebenswerte Welt hinterlassen, wie sie dies sehen, weiss ich nicht. Es liegt in unserer Verantwortung alles uns Mögliche dafür zu tun. Dazu gehört in erster Priorität den klima- und umweltschädlichen CO₂-Ausstoss massiv zu reduzieren. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat den Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 390'000 für den Heizungsersatz beim Werkhof zu genehmigen.

Novica Vidic, Sprecher FiGPK (SVP): Die FiGPK kann den Entscheid des Gemeinderates für die Pellet-Variante nachvollziehen. Wir bedauern, dass es die Variante 1:1 Ersatz in der Botschaft nicht gibt. Die Gründe wurden erklärt. Damit eine finanzielle und sachliche Abwägung des Geschäftes möglich ist, ist eine Aussage zu den tatsächlichen Mehrkosten notwendig. Die FiGPK stellt sich nicht gegen eine ökologisch nachhaltige Lösung. Mit dem vorhandenen Wissen ist ein Entscheid nicht möglich. Die Begründung, dass die Motion «Windisch 2040 Treibhausneutral» eingehalten werden muss, kann die FiGPK verstehen. Es ist bis 2040 immer noch möglich, eine klimaneutrale Variante zu wählen. Die FiGPK beantragt Rückweisung des Geschäftes.

Eintreten ist unbestritten.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**Detailberatung

Fredy Bolt (SP): Der Kredit für die Heizungserneuerung war für die SP-Fraktion ein nicht ganz einfaches Thema. Wir möchten klar festhalten: Die FiGPK empfiehlt Rückweisung, weil keine Ölheizung evaluiert wurde, somit wird der Einbau einer Ölheizung empfohlen. Das weisen wir klar zurück. Wir wollen keinen Rückfall ins letzte Jahrhundert.

Die neue Heizung muss sehr viele Anforderungen abdecken und mehrere Gebäude beheizen. Zur vorgeschlagenen Pellet-Heizung gibt es sicher Alternativen, zum Beispiel eine Entflechtung der Heizungen. Eine Wärmepumpe im Niedertemperatur-Bereich und eine kleinere Pellet-Heizung für den Hochtemperatur-Bereich. Eine andere Alternative wäre eine energetische Sanierung der Gebäudeteile oder der Gebäude, welche eine Hochtemperatur-Heizung brauchen. Beide Möglichkeiten haben jedoch ihre Tücken. Eine Entflechtung wäre wohl kurzfristig möglich aber im Bau und Betrieb teurer. Die energetische Sanierung der alten Gebäudeteile wäre ebenfalls teurer und ist in absehbarer Zeit unrealistisch. Insgesamt ist somit der Vorschlag des Gemeinderates eine sinnvolle Lösung. Der beantragte Kredit ist sehr hoch. Richtofferten und Kostenschätzungen sind infolge der ungewissen Preisentwicklung im Bauwesen aktuell oft übertrieben hoch. Speziell die hohen Honorarkosten sind für uns nicht nachvollziehbar, diese sind weder von der Materialteuerung noch vom Unterbruch der Lieferketten abhängig. Die Betriebskosten hingegen sind zu tief kalkuliert. Ein Pellets-Preis von CHF 390/Tonne ist nicht mehr aktuell. Trotz dieser Bedenken unterstützen wir den Antrag des Gemeinderates. Wir erwarten bei der Auftragsvergabe ein hohes Kostenbewusstsein und ein Konkurrenzverfahren. Konkret erwarten wir eine Schlussabrechnung deutlich unter der aktuellen Kostenschätzung von CHF 366'000.

Martin Gautschi (FDP): Die FDP-Fraktion hat das Geschäft ebenfalls diskutiert. Zum Votum von Monica Treichler: Eine Ölheizung bzw. die Sanierung sind nach wie vor gesetzlich erlaubt. Was mir heute zu denken gibt: Wir sprechen von Zeichen setzen, von Nachhaltigkeit. Es gibt auch eine finanzielle Nachhaltigkeit. Wurde es bereits vergessen: Wir haben 38 Mio. für das neue Schulhaus bewilligt und nun wollen wir für eine einzige Heizung CHF 390'000 investieren? Wir haben es überprüfen lassen. Ein 1:1 Kesslersatz für den benötigten 70 Grad Vorlauf, zusätzlich werden fossile Energie oder

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Pellets benötigt, kostet CHF 32'000. Meine Damen und Herren, wir müssen wirklich einen Punkt machen. Diese Ölheizung kann saniert werden. Werden die Zusatzkosten noch dazu gerechnet, sind wir bei CHF 100'000, das absolute Maximum. Das sind 25 % des beantragten Kredites, zusätzlich geben wir 38 Mio. für das neue Schulhaus aus. Es gibt eine finanzielle Nachhaltigkeit, diese gilt es zu erkennen und es gilt zu sparen. Die Ölheizung kann saniert werden und in 10 Jahren kommt die Fernwärme der IBB. Dies ist immer noch billiger, als jetzt CHF 400'000 auszugeben für eine Heizungssanierung, das ist nicht nachhaltig. Es gibt interessante Systeme mit Öl als Backup kombiniert mit Solar. Ich gebe Fredy Bolt recht, es ist nicht ausgegoren. Aus Nachhaltigkeitsgründen beantrage ich Rückweisung. Die jetzige Ölheizung läuft noch. Schnell wird mit fehlenden Ersatzteilen argumentiert. Auf dem Platz Brugg gibt es gute Firmen, welche im schlimmsten Fall eine Reparatur machen können. So schlimm kann es nicht sein.

Novica Vidic (SVP): Zum Votum von Fredy Bolt: Um Missverständnisse zu vermeiden liegt der Bericht der FIGPK schriftlich vor, in diesem steht: «Die FIGPK ist auch nicht grundsätzlich gegen eine ökologische und nachhaltige Lösung». Die FIGPK versteht die Beweggründe des Gemeinderates für die vorliegende Variante. Was fehlt ist die Bezugsgrösse. Was kostet, ein 1:1-Ersatz? Ganz kurz zum Schulhaus: Im Falle einer Ablehnung gab es keinen Plan B. Diese Logik gilt auch hier. Was wäre, wenn wir uns für einen 1:1 Ersatz entschieden hätten oder für eine Weiterführung? Die SVP unterstützt den Rückweisungsantrag der FDP.

Florian Kurmann (GLP): Die GLP unterstützt den Rückweisungsantrag ebenfalls. Das Gebäude ist eine Energieschleuder. Es ist bezüglich Forderung einer treibhausgasneutralen Gemeinde zu kurzfristig überlegt worden. Mit dem Einbau eines CO2-armen Heizsystems haben wir unser Ziel noch lange nicht erreicht. Der Heizungsersatz gehört zwingend in den Kontext einer Gebäudesanierung. Vorbild sollte der Kantonale Werkhof sein, der die Heizleistung reduzieren konnte...

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Die Haltung zum Rückweisungsantrag wurde geäußert, jetzt wird über die Begründung besprochen, weshalb es eine andere Heizung braucht.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Fredy Bolt (SP): Alle, welche die Rückweisung befürworten, müssen sich bewusst sein, dass sie die Heizung durch eine Ölheizung ersetzen wollen. Der Gemeinderat hat überzeugend aufgezeigt, wo die Probleme liegen. Rückweisung ist gleichzeitig verbunden mit einer Rückkehr ins letzte Jahrhundert, darüber muss man sich im Klaren sein.

Philipp Ammon (SVP): Verstehe ich das richtig, dass wir theoretisch bald keine Heizung mehr haben? Das Argument mit einem 1:1 Ersatz in dieser Diskussion erstaunt mich. Der Gemeinderat muss hier aufklären. Wir werden abgehängt und brauchen eine neue Heizung?

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Aufgrund der Botschaft kann ich bestätigen, nein, wir sind noch angehängt.

Martin Gautschi (FDP): Nur kurz in Replik zum Votum von Fredy Bolt: Das stimmt nicht, eine neue Ölheizung braucht 30 % weniger Öl.

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Martin Gautschi, wir sind nicht in der Sachdiskussion, sondern in einer formalen Diskussion.

Heiko Loretan (Die Mitte): Eine Ölheizung geht gar nicht. Der Rückweisungsantrag ist abzulehnen.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Einwohnerrat fasst mit 19 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Rückweisungsantrag wird angenommen.

Protokoll des Einwohnerrates
22. März 2023
4 Finanz- und Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl für den Rest der Amtsperiode 2022/2025

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Sarka Weiersmüller ist Ende 2022 aus der FiGPK zurückgetreten. Dieser Sitz ist aktuell vakant. Die FiGPK besteht aus sieben Mitgliedern, die Mehrheit muss aus dem Einwohnerrat stammen. Aktuell sind in der FiGPK vertreten: Daniel Brassel (Präsident), Kathrin Büchli, Giovanna Feusi, Novica Vidic, Peter Hartmann, Michael Hausherr. Die FiGPK leistet gute und grosse Arbeit, speziell in Zusammenhang mit dem Budget und der Rechnung. Wir loben und danken der Kommission immer wieder für diese Arbeit. Umso wichtiger ist es, dass die FiGPK permanent über sieben Mitglieder verfügt. Heute findet die Ersatzwahl für Sarka Weiersmüller statt. Die FDP-Fraktion schlägt Reinhold Brand zur Wahl vor. Er ist am 02. Juni 1971 geboren und an der Spinnereistrasse 6 wohnhaft.

Bruno Kaufmann (FDP): Ich stelle Reinhold Brand gerne vor. Er wohnt seit sieben Jahren in Unterwindisch, ist verheiratet und hat zwei schulpflichtige Kinder. Er hat eine kaufmännische Ausbildung absolviert, ist Versicherungskaufmann mit eidg. Fachausweis und hat ein Management-Diplom der AKAD erlangt. Seit vielen Jahren arbeitet er bei einer grossen Versicherung, inzwischen ist er Mitglied der Direktion. Reinhold Brand ist bestens geeignet für die Mitarbeit in der FiGPK und wir freuen uns, dass er sich zur Verfügung stellt.

Ergebnis der geheimen Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	39
Eingelegte Stimmzettel	38
Leere Stimmzettel	11
In Betracht fallende Stimmzettel	27

Absolutes Mehr	20
Stimmen haben erhalten:	
Reinhold Brand	27

Somit ist im ersten Wahlgang gewählt:
Reinhold Brand

5 Motion Ligia Vogt und Mitunterzeichnende «Sensibilisierung- und Präventionskampagne häusliche Gewalt»; Abschreibung

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Auf der Webseite der «nosotras» steht ein wichtiges Wort: «Aus Spannungen zu Hause können schnell Aggressionen und Gewalt entstehen, holen sie Hilfe.» Der Einwohnerrat hat die Motion Sensibilisierungs- und Präventionskampagne häusliche Gewalt am 21. Oktober 2020 überwiesen. Die Motion verlangt die Durchführung einer Sensibilisierungs- und Präventionskampagne. Im Besonderen sollen die Mitarbeitenden der öffentlichen Hand regelmässig Fachkurse und Weiterbildungen besuchen. Ziel ist, Warnzeichen von Gewalt frühzeitig zu erkennen und dadurch Gewaltexzesse zu verhindern. Dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden ist bewusst, dass Gewalt in verschiedenen Formen existiert. Wir verurteilen dies, jede Gewalthandlung ist eine zu viel. Bereits in der Einwohnerratssitzung vom 16. Juni 2021 haben wir aufgezeigt, dass beim Kanton viele Angebote an Prävention und Intervention bestehen. Die Prävention erfolgt auch aktiv, beispielsweise durch die Anlaufstelle Häusliche Gewalt. Die Botschaft informiert unter Punkt 2.8 über die auf nationaler Ebene geplanten weiteren Präventionsmassnahmen. Mit dieser Botschaft zeigen wir, wie die Schule, die Schulsozialarbeit und die Sozialen Dienste zusammenarbeiten. Die Vernetzung und der Austausch aller Fachstellen in der Gemeinde, der Region und im Kanton ist die wichtigste präventive Massnahme gegen häusliche Gewalt. Gewalt darf nicht tabuisiert werden. Wir bleiben aufmerksam und sind auf alle Anzeichen von häuslicher Gewalt sensibilisiert. Wir wollen dies so und daran arbeiten wir. Die Lehrpersonen, die Schulsozialarbeit, die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste arbeiten zusammen. Sie sind vernetzt, auch mit den kantonalen Stellen, und kennen die Angebote der anderen. Wir wollen die Anzeichen von Gewalt möglichst früh erkennen und rasch handeln können. Der Gemeinderat beantragt die Abschreibung der Motion.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Wir haben diese Motion nochmals diskutiert. In zwei Sitzungen des Einwohnerrates haben wir uns mit diesem Thema auseinandergesetzt. Für die Betroffenen besteht mittlerweile ein grosses und breites Angebot. Wichtig ist, dass die Angebote gefunden werden. Ein Testlauf auf der Website von Windisch war erfolgreich. Gibt man den Suchbegriff «Häusliche Gewalt» ein, wird man entsprechend weitergeleitet. Die Frage ist, allenfalls führt dies zu weit, ob man gewisse Sprachen zu-

Protokoll des Einwohnerrates

22. März 2023

sätzlich einfließen lassen will. Spricht jemand kein Deutsch, könnte es schwierig werden. Die in der Botschaft erwähnten Pendenzen sind zeitnah umzusetzen. Wichtig ist, dass wir bei diesem Thema hinschauen und nicht einfach wegschauen, wenn es schwierig wird. Da sind wir alle, die wir miteinander zusammenleben, in der Pflicht. Wichtig ist die Unterstützung von Betroffenen, ihnen den Rücken stärkt und ermutigt den Fall weiterzuziehen und nicht aufzugeben, damit es keine Wiederholungen gibt. Männer brauchen ebenfalls Schutz, es gibt auch Gewalt durch Frauen. Für Männer ist es eher schwierig, sich zu outen, dass sie durch eine Frau bedroht oder geschlagen werden. Ich denke, dass es diesbezüglich eine grosse Dunkelziffer gibt. Wir unterstützen die Abschreibung der Motion.

Ligia Vogt (SP): Ich begrüsse, dass wir endlich einen Bericht haben, der positiv auf unseren Vorschlag eingeht. Wir anerkennen als Gemeinde, dass das Problem der strukturellen Gewalt existiert und dass es uns nicht fremd ist. Dies stellt uns in einen realen Kontext, der es einfacher macht einen Hintergrund für die Behandlung des Problems zu schaffen.

Die Reaktion auf unsere Motion kam zu spät, war zu sachlich und zu begrenzt. Es stellen sich viele Fragen: Wurde jemals ein Budget dafür bereitgestellt? Wurde jemals darüber nachgedacht das Thema über die Schulmauern hinauszutragen? Wurde es jemals wirklich ernst genommen und als Priorität betrachtet? War es nur eine bürokratische Anforderung? War es jemals ein Thema, dass uns alle erschüttert?

Es besteht der Eindruck, dass absichtlich zwei Jahre zugewartet wurde, um es im Sand verlaufen zu lassen und zu begraben. Ich verstehe bis zu einem gewissen Grad, dass unsere Gemeinde nicht in der Lage ist, auf das Thema zu reagieren und unsere Behörden nicht daran interessiert sind. Es bleibt darauf zu warten, dass wir eines Tages eine reifere, sensibilisiertere und bewusster Kommune sind. Eine andere Möglichkeit ist zu fordern, dass wir bewusster wahrnehmen, was um uns herum passiert. Die Strasse spricht zu uns.

Schreiben wir die Motion ab, geben wir die Möglichkeit auf, Entscheidungen zu treffen, die den Unterschied ausmachen. Wir verlieren die Opportunität es gut zu machen, eine der Pionier-Gemeinden zu sein, um den verschlechterten Ruf von Windisch wieder herzustellen. Was werden wir tun? Werden wir uns vom Müssiggang mitreissen lassen und in der Zwischenzeit ignorieren, was uns die Realität draussen entgegen schreit? Werden wir weiterhin wegschauen?

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Wird diese Motion und ihre Konsequenzen erstgenommen, wäre es eine Gelegenheit für unsere Bürger. Bei einer Weiterführung der Motion erwarten wir nichts Aussergewöhnliches, nur ein kleiner Teil unserer Aufgabe würde erfüllt. In der Schweiz, die die Istanbul Konvention unterzeichnet und 2018 ratifiziert hat, gibt es keine Ausrede mehr wegzuschauen. Ich bin mit der Abschreibung nicht einverstanden, sehe aber leider, dass wir unsere Kapazitätsgrenzen erreicht haben.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 31 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Motion «Sensibilisierungs- und Präventionskampagne häusliche Gewalt» vom 21. Oktober 2020 wird abgeschrieben.

6 Postulat FDP-Fraktion «Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag»; Beantwortung

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (FDP): Eine Arbeitsgruppe der Schule hat sich mit der Forderung nach einer Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag befasst. Verschiedenste Faktoren sind in die Überlegungen eingeflossen und haben zur vorliegenden Botschaft geführt. Genauer angeschaut wurde auch die geforderte Einführung der Zeitprofile der Zürcher Schulen.

Mit den aktuell zur Verfügung stehenden Ressourcen und Rahmenbedingungen der Schule, ist sowohl die Umsetzung der Blockzeiten am Nachmittag, als auch die Einführung von Zeitprofilen nicht möglich. Die Schule ist offen, das Konzept einer Tageschule zu prüfen, sollte dies der Wunsch von Einwohnerrat und Gemeinderat sein. Mit den Tagesstrukturen des Vereins Simsala ist jegliche Form der ausserschulischen Betreuung sichergestellt. Der Hort verfügt über genügend Kapazitäten, wenn gewünscht, können Eltern ihre Kinder hier betreuen lassen. Der Gemeinderat beantragt das Postulat «Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag» vom 26. August 2020 abzuschreiben.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Karin Hefti (FDP): Ziel des Postulats vom August 2020 ist die Sicherstellung für zeitgemässe Stundenpläne der Primarschule am Nachmittag, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen. Viele Gründe sprechen für eine Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag. Alle Familien profitieren von einer optimierten Stundenplangestaltung, unabhängig davon in welchem Quartier sie wohnen, unabhängig vom gewählten Rollenmodell Mann / Frau. Was hindert die Primarschule und den Gemeinderat daran, für eine verlässliche Stundentafel mit einem einheitlichen Beginn am Nachmittag um 13.30 Uhr und geschwisterkompatiblen Zeitprofilen, wie an anderen Orten, zu sorgen?

Die Beantwortung des Postulats zeigt die Überlegungen von Schule und Gemeinderat für die Beibehaltung des Status Quo. Die Gründe sind folgende:

1. Die Analyse der Schule Windisch zeigt das Haupthindernis für Blockzeiten am Nachmittag auf. Die Notwendigkeit der Staffelung des Unterrichts in Halbklassen am Nachmittag führt zwingend zur Abfolge von 13.30-15.05 bzw. 14.20 bis 16.05, statt einheitlich von 13.30- 15.05. Bei einem Vollzeitpensum muss zwingend einmal in der Woche eine Lektion Halbklassenunterricht möglich sein.

Replik: Die Abfolge, Staffelung des Halbklassenunterrichts hintereinander am Nachmittag muss anders gelöst werden. Die Pensen-Situation der Lehrkräfte, muss berücksichtigt werden. Der Unterricht in Halbklassen kann zum Beispiel am Vormittag stattfinden, ohne die Stundenplanung zu verkomplizieren. Alternativ könnte der Halbklassenunterricht nachmittags von 13.30-15.05 für die Halbklassen an zwei verschiedenen Nachmittagen stattfinden. Ich beantrage, die Planung der Blockzeiten am Nachmittag unter diesem speziellen Gesichtspunkt im Detail durch die Schule prüfen zu lassen.

2. Es wird argumentiert, dass die Einführung von Zeitprofilen der Schaffung einer Tagesschule gleichkomme. Diese Schlussfolgerung ist falsch. Bei geschwisterkompatiblen Zeitprofilen oder fixen Nachmittagen wird das Mittagessen nicht in der Schule eingenommen und es findet keine Aufgabenbetreuung nach der Schule, statt. Diese Lösung hilft allen Familien, auch bei der Betreuung über Mittag, zum Beispiel beim gegenseitigen Kindertausch mit einer Nachbarin oder einem Nachbar. Im Legislaturprogramm 2022/25 des Gemeinderates steht: „Die Schule berücksichtigt die Vereinbarkeit von Schule und Beruf.“ Ich persönlich wünsche mir ein aktiveres Statement: „Die Gemeinde Windisch fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.“

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Aus diesen Gründen ist das Postulat nicht abzuschreiben. Die FDP Windisch hat ergänzend heute Morgen folgende Motionen bzw. folgendes Postulat eingereicht, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit Primarschulkindern zu verbessern. Es ist eigentlich eine Zweiteilung des Postulates damit man im Juni einzeln darüber abstimmen kann.

- Motion betreffend Neuregelung des Unterrichtsbeginns in der Primarschule am Nachmittag (Blockzeiten 13.30-15.05)
- Motion betreffend Neuregelung von planbaren und geschwisterkompatiblen Stundenplänen in der Primarschule am Nachmittag

Beides sind planungs- und kostengünstige Lösungen, welche für alle Familien von grossem Nutzen sind. Das Postulat zur Diskussion im Einwohnerrat:

- Postulat betreffend Einführung einer Tagesschule in der Gemeinde Windisch.

Die Motionen und das Postulat werden voraussichtlich in der Juni-Sitzung behandelt.

Ich bitte den Rat, das Postulat nicht abzuschreiben.

Luzia Capanni (SP): Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der Schweiz nach wie vor schwierig. Für Eltern eine koordinative Herausforderung und eine finanzielle Belastung. Dies sowohl während dem Vorschulalter als auch in der Primarschule. Windisch beteiligt sich zwar nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten an den familienergänzenden Kinderbetreuungskosten. Die hohen Hauptkosten tragen aber die Eltern, da sich weder Bund noch Kanton an diesen Kosten beteiligen. In einer Studie der UNICEF aus dem Jahr 2019 wurde in den 31 reichsten Staaten die Familienfreundlichkeit untersucht. Die Schweiz ist auf dem letzten Platz. Spätere Studien bestätigen dies, wobei unter anderem die Finanzierungsmodelle der ausser-schulischen Kinderbetreuung massgebend verantwortlich für dieses schlechte Abschneiden sind. Das ist politisch so gewollt.

Zur Schule, welche auf allen Ebenen stark gefordert ist, auch in Windisch. Dies haben die Botschaft und auch das Votum der Gemeinderätin in der Juni-Sitzung deutlich gemacht. Knappe Ressourcen, fehlende Sonderschulplätze, knapper Schulraum und fehlende regionale Spezialklassen für neu aus dem Ausland zugezogene Kinder führen dazu, dass Lehrpersonen, ganze Klassen und die Schulleitungen stark gefordert – oftmals überfordert sind. Zeitgleich besteht ein Mangel an Lehrpersonen – ohne diese fin-

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

det kein Unterricht statt. Die Schulen sind verantwortlich, ein bestmögliches schulisches Umfeld für die Schülerinnen und Schüler zu schaffen und attraktive Arbeitgeberin zu sein.

Im Juni 2022 haben wir die Abschreibung des Postulats abgelehnt und den Gemeinderat aufgefordert sich detailliert mit der Forderung des Postulats auseinander zu setzen. Aus unserer Sicht hat der Gemeinderat diesen Auftrag mit der vorliegenden Botschaft erfüllt. Es wird plausibel aufgezeigt, dass aufgrund der aufgezeigten Gründe aktuell ohne zusätzliche Ressourcen keine Veränderung möglich ist. Die SP wird daher der Abschreibung zustimmen. Dies, obwohl wir uns für verbesserte Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen. Es ist nicht Aufgabe der Schule mit bereits knappen Ressourcen gratis für die verpasste Familienpolitik in die Presche zu springen. Wir begrüssen, dass die FDP das Thema weiterverfolgt und das Postulat zur Prüfung einer Tagesschule einreicht.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 27 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat «Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag» vom 26. August 2020 wird abgeschrieben.

7 Interpellation Elsbeth Hofmänner (Die Mitte) «Baumersatz im Breit- und Jogelacker»; Beantwortung

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Ich danke für die ausführliche Beantwortung meiner vielen Fragen und Philipp Umbricht für die Weiterbildung in Sachen Interpellation. Die Neubepflanzung ist gemäss Vorgaben des Gestaltungsplans im Verhältnis 1/3, 2/3 abgerechnet worden. Ich spreche einen negativen und einen positiven Punkt an. Der Negative: Die Bauminseln waren zum Schutz strauchmässig umwachsen. Dies ist nicht mehr der Fall. Es wurden einzelne Granitquader aufgestellt, damit niemand auf die Bauminseln fährt. Wer im Breitacker soll sich dies anschauen. Milde ausgedrückt: Un-

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

schön. Immerhin verhindern sie das Befahren. Das Positive: Der bereits seit Jahren bestehende Gestaltungsplan schreibt die Bepflanzung der Lärmschutzbetonwand gegen die Mülligerstrasse vor. Diese ist gut bepflanzt und es ist positiv, dass man von der Strasse her nicht nur die nackte Betonwand sieht.

8 Interpellation Die Mitte-Fraktion «Stromtarife»; Beantwortung

Heiko Loretan (Die Mitte): Ich danke für die Beantwortung und habe keine weiteren Fragen.

9 Motion Fraktion Grüne, SP, EVP, Die Mitte, GLP; Schwammstadt; Überweisung

Isabelle Schneider (Grüne): Nebst Klimaschutzmassnahmen wird unsere Gemeinde in Zukunft auch vermehrt Klimaanpassungs-Massnahmen umsetzen müssen. Die Szenarien 2018 des Bundes zeigen, dass sich das Klima weiter verändern wird. Die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels wird immer wichtiger. Hitzewellen, Trockenperioden und Starkniederschläge sind keine Ausnahmesituation mehr, sondern werden zu wiederkehrenden Herausforderungen. Das Schwammstadt-Konzept beruht auf Verdunstung, Versickerung, Retention, temporären Flutungen und Notwasserwegen. Es ist ein integraler Lösungsansatz um den beiden wesentlichen Herausforderungen des Klimawandels, zunehmender Starkregen sowie Trocken- und Hitzeperioden, zu begegnen. Auch der Kriterienkatalog des Energiestadtlabels beinhaltet einen Bereich Anpassung an den Klimawandel. Unsere Motion ist ein Puzzleteil von vielen. Ich betone explizit, dass wir nicht die Umsetzung von Schwammstadt-Massnahmen fordern. Die Motion beauftragt den Gemeinderat aufzuzeigen, wie die Massnahmen im Sinne der Schwammstadt über die Abwasserkasse finanziert werden können, dazu sollen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden. Auch Projekte von Privaten und Unternehmen zu Gunsten von Gewässerschutz und Klima sollen mit Beiträgen unterstützt werden können. Der Gemeinderat wird angehalten die Schaffung eines Fonds zu prüfen, welcher aus der Abwasserkasse gespiesen wird. Wir wollen, dass die Gemeinde vorbereitet ist, damit zukünftige Klimaanpassungsmassnahmen finanziert werden können. Der Gemeinderat muss das Rad nicht neu erfinden. Gemäss telefonischer Auskunft der

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Projektleiterin Schwammstadt des Verbands Schweizerischer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute plant der Verband im Juni einen Bericht mit Musterparagrafen zu publizieren. Dieser zeigt auf, wie die obigen Punkte in den entsprechenden Reglementen verankert werden können. Auf diese Vorlagen soll sich der Gemeinderat stützen. Ebenfalls laden wir den Gemeinderat ein, mit Pioniergemeinden, beispielsweise die Stadt St. Gallen, Kontakt aufzunehmen. Windisch kann von diesen Erfahrungen profitieren. Unser Anliegen kann ressourcenschonend umgesetzt werden. Die Gemeinde schafft sich einen Finanzierungsspielraum und ist für die Zukunft vorbereitet. Ich bitte unsere Motion zu unterstützen.

Anita Bruderer, Gemeinderätin (FDP): Wer ist regelmässig via Arenafussweg und Steinackerstrasse unterwegs Richtung Bahnhof? Nach dem Centuriontower, besteht eine Grünfläche mit Mergelplätzen, Gräser, Bäumen und verschiedenen Pflanzen. Bei Regen versickert das Wasser hier an Ort und Stelle und wird vom Untergrund aufgesogen, wie ein Schwamm den man ins Wasser legt. Die Pflanzen ziehen das Wasser wieder ab und verdunsten die Feuchtigkeit in die Umgebung, der Schwamm trocknet aus. Die Umgebungstemperatur kann so absinken. Dies ist ein Beispiel nach dem Konzept Schwammstadt oder in Englisch «sponge city».

Schwammstadt ist ein Konzept der Stadtplanung. Grossstädte mit ihren weiträumigen, zusammenhängenden versiegelten Flächen haben wegen Starkregen vermehrt gegen Überflutungen zu kämpfen. Die Umgebungstemperatur steigt in den Grossstädten zudem unangenehm an. Mit dem Konzept Schwammstadt soll das Regenwasser dort aufgenommen und gespeichert werden, wo es anfällt. Dazu braucht es Grünflächen, offene Wasserflächen, Fassaden- und Dachbegrünungen, durchlässige und versickerungsfähige Verkehrsflächen und Entwässerungsmulden. Das Sammeln von Regenwasser von Hausdächern hilft ebenfalls bei der Umsetzung des Konzeptes Schwammstadt. Durch das Verdunsten über Grünflächen kühlt die Umgebungsluft ab und Hitzeinseln werden reduziert und die Biodiversität wird gefördert. Die Motion verlangt, dass der Gemeinderat aufzeigt, wie Massnahmen im Sinne der strategischen Initiative Schwammstadt vom Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute VSA von der Abwasserkasse finanziert werden können. Mit seinem Projekt Schwammstadt will der VSA konkrete Hilfestellung und Standards erarbeiten. Städte und Gemeinden sollen in der klimaangepassten Ausgestaltung der Zukunft unterstützt werden. Am 1.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Februar 2022 wurde ein dreijähriges Projekt gestartet und es werden ausgelesene Projektideen verfolgt, beispielsweise in den Themenbereichen Sensibilisierung, Bildung, Grundlagen und Rahmenbedingungen, Umsetzung und Bewirtschaftung. Eine Projektgruppe beschäftigt sich mit der Finanzierung von Schwammstadtmassnahmen. Argumente sollen aufzeigen und Klarheit schaffen, welche Massnahmen mit Abwassergebühren finanziert werden können. Die Projektgruppe wird auch Musterartikel für die juristisch korrekte Verankerung im Abwasserreglement verfassen. Die Gemeinde Windisch ist via ARA Wasserschloss Mitglied des VSA. Unser GEP-Ingenieur begleitet das Projekt des VSA sehr eng. Der Gemeinderat und die Abteilung Planung und Bau werden regelmässig über die Resultate und Erkenntnisse informiert. Speziell interessieren uns die Resultate über die Finanzierung. Wir schätzen und sind dankbar für die Projektarbeit des Verbandes.

Windisch ist der Umgang mit den natürlichen Ressourcen sehr wichtig, einige Regelungen und Bestimmungen sind bereits in Kraft gesetzt. Das Abwasserreglement von 2018 schreibt vor, dass nicht verschmutztes Abwasser, Regenwasser, von der Kanalisation ferngehalten und folgendermassen beseitigt werden muss: Durch Versickerung auf der eigenen Parzelle, durch Einleitung in öffentliche Sauberwasserleitungen oder Versickerungsanlagen oder durch direkte Einleitung in ein Gewässer, allenfalls mit Retention. Das Reglement Finanzierung von Erschliessungsanlagen im RFE von 2021 schafft bereits heute einige finanzielle Anreize. Wer das Dachwasser beispielsweise direkt versickern lässt, erhält auf der Anschlussgebühr eine Ermässigung von 30%. Bei einem Einfamilienhaus entspricht dies ca. CHF 2'000. Diese Art von Massnahmenförderung erachten wir am effizientesten und sie ist unbürokratisch. Demgegenüber steht der in der Motion geforderte Fonds, welcher rechtlich legitimiert sein muss. Die festgelegten, sachlichen Voraussetzungen müssen überprüft, kontrolliert und verwaltet werden. Versickerungsanlagen gemäss Richtlinien des VSA gibt es in Windisch einige. Beim erwähnten Platz beim Centuriontowers, beim Busterminal an der Schwimmbadstrasse und bei den Überbauungen Linde und Fehlmannmatte. Ich empfehle einen Spaziergang von der Klosterzelgstrasse zur Römerstrasse durch diese Siedlung. Man geht teilweise auf aufgebrochener Strasse an einem überschatteten Spielplatz vorbei und vor den Fassaden gibt es eine grosszügige, kühlende Bepflanzung. Beim Schulhausneubau Dohlenzelg sind Rückhalteflächen und entsiegelte Oberflächen berücksichtigt. Das sind Beispiele im Sinne von Schwammstadt-Massnahmen.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Mit dem bestehenden Bundesgesetz, den kantonalen gesetzlichen Grundlagen, den kommunalen Reglementen und Wegleitungen von Verbänden gibt es aktuell genügend Grundlagen, welche in Windisch umgesetzt und angewandt werden. Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat die Motion nicht zu überweisen. Dem Gemeinderat ist das Klima, der klimaverträgliche Umgang mit Wasser wichtig und er wird das Projekt Schwammstadt weiterverfolgen. Erkenntnisse aus der Pilotphase werden wir zu gegebener Zeit mit unseren Lösungen vergleichen und notwendige Anpassungen vornehmen.

Alex Heinemann (FDP): Die Motion Schwammstadt spricht ein aktuell sehr relevantes Thema an. Mit diesen Massnahmen soll das anfallende Regenwasser lokal aufgenommen und im Erdboden an Ort und Stelle gespeichert werden, anstatt es in die Kanalisation abzuleiten. In der vorliegenden Motion geht es primär um die Anpassung der entsprechenden Reglemente und um die Prüfung der Finanzierung solcher Massnahmen. Wir haben uns mit dem Thema auseinandergesetzt, die Entwicklungen beim VSA verfolgt und geprüft, welche Grundlagen in Windisch bereits bestehen. Der VSA will Schwammstadt als nachhaltigen Standard in der Schweiz verankern. Er hat im Februar ein 3-jähriges Projekt gestartet, dieses wird voraussichtlich 2025 abgeschlossen sein. Im Rahmen des Projektes gibt es 20 unterschiedliche Pilotprojekte in drei verschiedenen Themenbereichen, um wertvolle Erfahrungen zum Thema Schwammstadt zu sammeln. Ebenfalls geprüft wird, ob solche Massnahmen über die Abwassergebühren finanziert und entsprechend rechtlich verankert werden können. Anita Bruderer hat die bereits bestehenden sehr griffigen Regelungen von Windisch erwähnt. Im Abwasserreglement von 2018 ist definiert, dass das Regenwasser nicht in die Kanalisation einzuleiten ist und weniger verschmutztes Abwasser in die Mischwasserkanalisation weitergegeben werden muss. Auch das GEP 2 enthält Siedlungsentwässerungs- und Versickerungsanlagen. Diese sind im RFE von 2021 verankert und wir geben finanzielle Anreize bei den Anschlussgebühren. Anita Bruderer hat es bereits erwähnt, die Anschlussgebühren werden um 30% reduziert, falls das Abwasser vor Ort versickert wird. Dasselbe gilt für Retentionsmassnahmen für Dachwasser. Wir erachten die finanzielle Förderung mit der Reduktion der Gebühren als sinnvoll, sehr effizient und pragmatisch. Das laufende Projekt beim VSA sowie die bestehenden Regelungen fördern die Schwammstadt-Massnahmen bereits heute. Windisch ist in diesem Thema gut unter-

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

wegs. Nach Abschluss der Studie des VSA ist zwingend zu prüfen, wie man weitere Regelungen aufnehmen und auf Gemeindeebene umsetzen kann. Wir empfehlen die Motion nicht zu überweisen.

Elsbeth Hofmänner (Die Mitte): Eine Anmerkung zu den Ausführungen von Anita Bruderer: Die Anschlussgebühren reduzieren sich bei einem Einfamilienhaus um ca. CHF 2'000, wenn das Wasser versickert wird. Diese Pflicht besteht. Bei einem Einfamilienhaus müssen diese CHF 2'000 sofort wieder investiert werden, weil gemäss Versicherungsverordnung ein Versickerungsschacht gebaut werden muss. Aufgrund der Auflagen kann von der Gebührenreduktion nicht profitiert werden. Bei grösseren Projekten werden Gruben benötigt, Beispiel Fehlmannmatte.

Fredy Bolt (SP): Es ist anerkennenswert, was Windisch bezüglich Schwammstadt Massnahmen bereits unternimmt. Der erwähnte Mergelplatz beim Campus überzeugt nicht, darunter befindet sich eine Parkgarage und man darf sich fragen, wie tief das Wasser versickert.

Ein Ausgangspunkt der Motion ist, dass wir Mittel zur Verfügung haben, um Massnahmen im Sinne der Schwammstadt zu finanzieren. Natürlich wäre es möglich, diese 14 Mio. in der Abwasserkasse durch Erlass von Anschluss- oder Abwassergebühren zu reduzieren. Ob dies längerfristig eine ökologische Massnahme ist, darüber kann man streiten. Windisch ist bei den Schwammstadt-Massnahmen nicht am Schluss bei den Gemeinden, trotzdem kann man mehr machen. Die kommunalen Reglemente müssen revidiert, angepasst oder zumindest überprüft werden.

Das Klima wartet nicht mit den Veränderungen. Die Auswirkungen des Klimawandels sind jährlich stärker spürbar. Vielleicht nicht in einem Jahr, aber in der Tendenz und zwar da wo wir leben, in der Gemeinde. Klimaanpassungsmassnahmen müssen auf lokaler, auf Gemeindeebene ergriffen werden. Die Schaffung von Grundlagen muss forciert werden, damit die Klimaanpassungsmassnahmen umgesetzt werden können. Diese sollen grösstenteils aus der Abwasserkasse und nicht aus Steuergeldern finanziert werden. Dies ist der Inhalt des Vorstosses. Ich bitte die Motion zu unterstützen. Sie ist nicht gegen den Gemeinderat gerichtet, sie soll ihn motivieren und zeigen, der Einwohnerrat unterstützt verstärkte Massnahmen.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Martin Gautschi (FDP): Die Idee ist nicht grundlegend schlecht, aber wir machen bereits sehr viel beim Thema Schwammstadt. Ich sehe es ordnungspolitisch. Ich habe Mühe, dass die Gemeinde immer Präriearbeit leisten soll. Wir machen dies bereits in vielen Bereichen. Ich appelliere nochmals bezüglich Finanzen. Einmal mehr soll die Verwaltung eine riesige Aufgabe übernehmen, dies wurde entsprechend ausgeführt. Wir müssen uns nicht wundern, wenn die Verwaltung aufgestockt werden muss. Mehr Personal verursacht höhere Kosten. Der Nutzen ist da, aber im Verhältnis zu anderen Massnahmen bescheiden. Bezüglich Versickerung wird in Windisch schon viel gemacht. Der Verwaltungsapparat wächst laufend, diese Motion darf nicht überwiesen werden.

Philipp Ammon (SVP): Ich danke Anita Bruderer für die ausführliche Information, was die Gemeinde bereits unternimmt. Wir haben Vertrauen in die Verwaltung, dass sie die Pilotprojekte von Kanton und Bund verfolgt, die Erkenntnisse sammelt und wo notwendig Umsetzungen angeht. Die Überweisung der Motion ist deshalb nicht notwendig. Der Gemeinderat ist sich seiner Aufgabe bewusst und kommt dieser nach.

Isabelle Schneider (Grüne): Ich danke Anita Bruderer für die Ausführungen. Windisch unternimmt bereits sehr viel, trotzdem halte ich an der Motion fest. Ich bitte den Gemeinderat die Anpassungen der Reglemente aktiv mit dem VSA anzugehen. St. Gallen hat letztes Jahr das Reglement implementiert. Es werden auch Brauchwasseranlagen für den sanitären Gebrauch bei Neubauten finanziert, Öltanks werden in Retentions-tanks umwandelt. All diese Projekte werden über den Fonds gespiesen. Es ist ein Anreiz und er ist limitiert.

Alex Heinemann (FDP): Das Thema Schwammstadt ist enorm relevant. Für mich hängt es stark mit der Biodiversität zusammen. Es ist enorm wichtig, dass sich Gemeinden, Unternehmen und Private diesem Thema widmen und entsprechende Massnahmen umsetzen. Mit dieser Motion retten wir nicht das Klima, wir werden auch nicht schneller sein als der VSA, welcher das Projekt mit einem professionellen Team umsetzt. Wir werden langsamer sein, wenn wir es auf eigene Faust bearbeiten. Wir sind schneller, effizienter, wenn wir auf die Resultate des VSA warten. Wir können auf dieser soliden Basis umsetzen. Es braucht kein paralleles Pilotprojekt und es braucht keine Motion.

**Protokoll des Einwohnerrates
22. März 2023**

Isabelle Schneider (Grüne): Wir fordern kein Pilotprojekt, sondern die Anpassung der Reglemente, welcher der VSA vorschlägt, wie Schwammstadt-Massnahmen in Zukunft über die Abwasserkasse finanziert werden können. Windisch soll dies aufnehmen und prüfen, das Rad muss nicht neu erfunden werden. Darauf weisen wir in der Begründung der Motion hin.

Wären unsere Reglemente angepasst, hätte die Retentionsanlage beim Schulhaus Dohlenzelg über die Abwasserkasse finanziert werden können. Dies ist durch das juristische Gutachten belegt. Dies waren die Initial-Gründe für die Motion, wir wollen diese Reglementsanpassung. Windisch soll dies nicht im Alleingang machen, wir können uns an die Vorlagen des VSA halten. Wir revidieren den GEP, die VSA hat ebenfalls ein Teilprojekt unter Schwammstadt. Der GEP soll revidiert und mit Schwammstadt-Massnahmen ergänzt werden. Dies ist ein weiterer Punkt, wir haben 2021 einen Kredit für die Anpassung des GEP gesprochen, damit diese Themen aufgenommen werden. Wir müssen langfristig denken, wohin kurzfristiges Denken führt haben wir am letzten Sonntag gesehen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 23 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Motion Schwammstadt wird überwiesen.

10 Postulat SVP-/FDP-Fraktion; Evaluierung von Sparpotential in der Gemeinde Windisch; Überweisung**11 Postulat SVP-/FDP-Fraktion; Desinvestitionspotentiale; Überweisung**

Fabian Schütz (SVP): Die drei von SVP und FDP eingereichten Vorstösse wollen einen finanzpolitischen Blindflug verhindern. Die Entwicklung der Finanzsituation ist in den volatilen Zeiten nur schwer vorhersehbar. Nebst den Chancen auf positive Abweichungen, lauern verschiedene Risiken. In dieser Situation muss das Risiko für eine zukünftige Steuererhöhung minimiert werden. Der Gemeinderat soll aufzeigen, wo verzichtet

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

wird und in welchen Positionen Einsparungen gemacht werden können. Damit soll eine Steuerfusserhöhung verhindert werden, sollte sich die Situation nicht gemäss Finanzplan entwickeln. Die Überweisung der Postulate erhöht den Informationsstand des Einwohnerrates, Sparmassnahmen werden nicht im Voraus umgesetzt. Die Postulate erhöhen die Qualität künftiger Budgetdiskussionen und erlauben dem Einwohnerrat, seine Aufsichtsfunktion besser wahrzunehmen. Mein Aufruf an den Einwohnerrat: Verhindern wir den Blindflug und überweisen wir die ersten zwei Postulate.

Dieses Votum zum ersten Postulat habe ich vorbereitet. Nach 2.5 Stunden darf ich nun noch auf die Fraktionserklärung von Luzia Capanni und der SP eingehen. Zuerst die Frage an den Einwohnerratspräsidenten: Ist es demokratisch-politisch in Ordnung, vor Beginn der Sitzung das Wort zu einem Geschäft zu erteilen, welches später noch traktandiert ist? Wird die Fraktionserklärung dann auch noch genutzt, um über anderen Parteien herzuziehen, ohne dass diese nachher die Chance haben....

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP), unterbricht das Votum: Der erste Punkt: Fraktionserklärungen dürfen abgegeben werden, grundsätzlich zu Beginn der Sitzung. Der zweite Punkt: Fraktionserklärungen werden nicht diskutiert.

Fabian Schütz (SVP): Dann nehme ich jetzt Stellung: Es stimmt, dass wir dem Baukredit Dohlenzelg zugestimmt haben, dazu stehen wir weiterhin. Die heisst jedoch nicht, dass wir uns an einer gemeinsamen interfraktionellen Erklärung beteiligen. Vor allem nicht, wenn in dieser Erklärung gesagt werden soll....

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP), unterbricht das Votum: Es geht um die Begründung, warum das Postulat überwiesen werden soll.

Fabian Schütz (SVP): Das Postulat ist zur besseren Kontrolle der Finanzsituation zu überweisen.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Gemeinderat hat die Finanzstrategie gemeinsam mit den Legislaturzielen im Herbst vorgestellt. Unter dem Leitsatz «Wir setzen unsere finanziellen Mittel zielgerichtet und nachhaltig ein» hat er seine Zielsetzungen definiert und öffentlich gemacht. Der Gemeinderat hat sich unter anderem folgende Ziele gesetzt:

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

- Wir zeigen mittels einer realistischen Aufgaben- und Finanzplanung den langfristigen Finanzbedarf auf.
- Die notwendigen Massnahmen zur Einhaltung der Finanzstrategie werden darin abgebildet.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir Kennzahlen definiert, wie Nettoschuld pro Einwohner, Selbstfinanzierungsgrad und kumulierte Finanzüberschüsse. Diese beziehen sich auf die Zeitspanne nach der Grossinvestition Neubau Schulanlage Dohlenzelg. Der Gemeinderat hat damit ein Instrument eingeführt, um die Finanzen über die Aufgaben des Finanzplans zu steuern. Weichen die Kennzahlen in der Finanzplanung von den Zielsetzungen ab, muss der Gemeinderat entsprechende Massnahmen einleiten, um die Finanzen im Gleichgewicht zu halten. Der Gemeinderat hat in der Finanzstrategie zwei weitere, bindende Zielsetzungen fixiert:

Wir lassen zusätzliche und neue Aufgaben zu, wenn die Finanzierung sichergestellt ist und wir richten unsere Aufgaben nach den finanziellen Möglichkeiten. Bevor neue oder zusätzliche Ausgaben zugelassen werden muss der Gemeinderat aufzeigen, dass diese den Finanzhaushalt nicht aus dem Gleichgewicht bringen und die Kennzahlen der Finanzstrategie eingehalten werden. Der Gemeinderat hat zusätzlich beschlossen, 2023 eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung durchzuführen. Ziel ist Massnahmen zur Entlastung der Gemeinderechnung zu definieren. Diese Massnahmen sollen, wie im Finanzplan abgebildet, Einsparungen von CHF 250'000 bewirken. Die Ergebnisse der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung wird dem Einwohnerrat zur Verfügung gestellt. Mit den übrigen Planungs- und Controllinginstrumenten wie Budget, Finanzplanung, Rechnung etc. wird eine Basis geschaffen, welche dem Einwohnerrat erlaubt, seine Beschlüsse unter Einbezug der finanziellen Auswirkungen zu fassen. Das Aufzeigen von möglichen Einsparungen zur Beibehaltung des Steuerfusses zeigt nur einen Aspekt der Finanzplanung auf. Der Gemeinderat will die Aufgaben- und Finanzplanung weiterhin als gesamtheitliches Instrument für die finanzielle Steuerung einsetzen. Nebst dem Steuerfuss gibt es viele weitere Aspekte, welche die finanzielle Situation und die Entwicklung der Gemeinde beeinflussen. Der Gemeinderat empfiehlt deshalb, das Postulat nicht zu überweisen.

Ich gehe auf das zweite Postulat ein und möchte die Aussagen betreffend Investitionsplanung erweitern. Grundsätzlich wird diese in der Finanzplanung festgelegt. Die aktuelle Finanzplanung enthält folgende Desinvestitionen: Kindergarten Unterdorf, Kindergarten Wallweg, Kindergarten Klosterzelg und Vorderes Chilefeld. Kurz- bis mittelfristig

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

kann von diesen Grundstücken nur das Vordere Chilefeld umgesetzt werden. Nicht vorgesehen ist aktuell der Verkauf des Wohnanteils des Bossarthauses.

Mit der Erstellung des Budgets 2024 wird der Gemeinderat die Finanzplanung überarbeiten und das Thema Desinvestitionen diskutieren und eine Strategie festlegen. Die Botschaft über die Veräusserung oder die Abgabe im Baurecht des Grundstückes Vorderes Chilefeld wird dem Einwohnerrat im Oktober vorgelegt. Es ist ressourcenmässig nicht möglich, die geplanten terminierten Prozessabläufe anzupassen und bis Ende Jahr Desinvestitionsmöglichkeiten aufzuzeigen. Mögliche weitere Desinvestitionen können erst definitiv zum Beschluss vorgelegt werden, wenn damit zusammenhängende Ersatzprojekte wie beispielsweise Schulraum im Dorf und Rüteneben, erarbeitet und fixiert sind. Der Gemeinderat empfiehlt deshalb, auch dieses Postulat nicht zu überweisen. Er wird dem Einwohnerrat im Herbst mit der Finanzplanung seine Strategie zu den geplanten Desinvestitionen vorlegen.

Ulrich Widmer (SP): Ich spreche zum Postulat «Evaluierung Sparpotential» und bin etwas überrascht, dass die beiden Vorstösse gemeinsam behandelt werden. Fredy Bolt wird sich zum zweiten Postulat äussern. Gemeinderat und Verwaltung zeigen im Finanzplan und in den jährlichen Budgets, dies wird auch in Zukunft so sein, die Entwicklung der finanziellen Situation auf. Die SP-Fraktion erachtet die vorgelegten Grundlagen zur finanziellen Entwicklung als zuverlässig, realistisch und belastbar. Die finanziellen Instrumente erlauben, auf allfällige Fehlentwicklungen rechtzeitig zu reagieren. Vor diesem Hintergrund ist nicht ersichtlich, weshalb ausserhalb der Gesamtfinanzplanung isolierte Sparpotentiale eruiert werden sollen. Sparpotential notabene, welches unter Umständen in Zukunft völlig irrelevant ist. Mit anderen Worten: Im Gegensatz zur SVP und FDP vertraut die SP-Fraktion der Bewirtschaftung der Gemeindefinanzen durch Gemeinderat und Verwaltung. Wir sind überzeugt, dass die Beteiligten bei Unstimmigkeiten rechtzeitig Gegenmassnahmen ergreifen werden. Sandkastenspiele sind zwar reizvoll, aber nicht immer sinnvoll und zielgerichtet. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, wie im Postulat festgehalten, dass die Zeiten sehr volatil sind und sich die Sachumstände ständig ändern. Dies gilt auch für die Sparoptik, die SP-Fraktion lehnt dieses Postulat ab.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Fredy Bolt (SP): Ich spreche zum Thema «Desinvestitionen». Das Wort Desinvestition ist in jeder Einwohnerratssitzung Thema. Welche Bedeutung hat das Wort «Desinvestition»? Eine Desinvestition verändert das Gemeindevermögen nicht. Wir schaffen Liquidität, das Vermögen erfährt keine Veränderung. Wir haben dies beim Thema Chilefeld durchgespielt.

Für eine Desinvestition gibt es drei Gründe: 1. Die nackte Not – man braucht einfach Geld. 2. Man ist überzeugt, dass man die Sache nie mehr braucht. 3. Man will investieren um anschliessend einen grösseren Profit zu erzielen. Wie sieht es in Windisch aus? Die nackte Not haben wir nicht. Wer dies behauptet will Windisch als Armenhaus darstellen. Unsere Finanzen sind gesund, die Schulden können wir jederzeit zu vernünftigen Konditionen finanzieren und refinanzieren. 2. Unsere Vorgänger haben langfristig gehandelt. Nur deshalb haben wir unsere Schulareale im Dohlenzelg, Rüteneu, Dorf und die Fussballfelder für den FC und alle Fussballbegeisterten im Dägerli. Wären unsere Vorvorgänger ebenso Desinvestitionswütig gewesen wie jetzt FDP und SVP, wir hätten echte Probleme. Was verkauft ist, ist weg, und kann nur mit grossen Verlusten wieder erworben oder rückgängig gemacht werden. 3. Das gewinnbringende Investieren aus einer Desinvestition ist ein gutes und ehrenwertes Motiv. Aber eine Gemeinde ist kein privates Unternehmen. Eine Gemeinde investiert nicht in eine gewinnbringende Produktion, sondern in die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben. Der Erlös aus allfälligen Desinvestitionen dient nicht der Erwirtschaftung eines höheren Profits. Zusammengefasst: Windisch ist nicht in Not und wir sind verpflichtet langfristig und anders zu denken als ein privates Unternehmen. Der Desinvestition-Furor von Seiten SVP und FDP führt die Gemeinde garantiert nicht in die Zukunft, sondern in eine Sackgasse. In dieser Sackgasse sind nicht wir, sondern unsere Nachfolger und Nachnachfolger. Ich bitte das Postulat nicht zu überweisen.

Heiko Loretan (Die Mitte): Ich sage etwas zum Postulat «Sparpotential». Danke für das Postulat, ihr habt es geschafft, mich zu verwirren. Anfänglich empfand ich es als sehr smart, Sparen ist immer gut. Dann habe ich mir überlegt, wie der Gemeinderat diese Forderung umsetzen soll. Meint ihr nun 1, 2, 3, 4, 5 oder 6 %? 1 %, CHF 170'000, ist eine Unschärfe der Rechnung. Dann 3 % über wie viele Jahre wiederkehrend? Müssen die Stellenkontingente überprüft werden? Dieses Postulat ist eine Beschäftigungstherapie für die Verwaltung, welche nicht angebracht ist. Ich empfehle das Postulat zurückzuziehen und mit klar definierten Forderungen nochmals einzureichen.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Martin Gautschi (FDP): Ich glaube Schwammstadt ist eine Beschäftigungstherapie. Nochmals, wir vergessen, dass wir 38.6 Mio. ausgeben. Es ist zu überlegen, wo gespart werden kann. Die finanzpolitischen Themen sind ernst zu nehmen und es muss eine Auseinandersetzung mit dem Sparen stattfinden. Das ist keine Beschäftigungstherapie, sondern finanzielle Nachhaltigkeit. Die FDP befürwortet deshalb die Überweisung.

Stefan Fehlmann (EVP): Ich gehe mit Heiko Loretan einig. SVP und FDP vertrauen dem Gemeinderat beim Thema Schwammstadt, bei den Finanzen scheinbar nicht. Besten Dank an Heidi Ammon für die Ausführungen. Diese Vorlage ist eine Beschäftigungstherapie für die Verwaltung und ergibt keinen Sinn. Der Gemeinderat zeigt gut auf, wie er die Finanzstrategie umsetzt, informiert gut. Alles andere macht keinen Sinn. Wir lehnen die Postulate ab.

Karin Hefti (FDP): In der heute versandten Abstimmungsbotschaft schreibt der Gemeinderat: «Das Ziel, die Finanzierung der Schulanlage Dohlenzelg ohne Steuerfusserhöhung zu realisieren, ist weiterhin möglich. Es bedingt in den nächsten Jahren jedoch einen bewussten Umgang mit den Finanzen.» Mit der Aussage, den Steuerfuss unverändert bei 115% belassen zu können, lehnt sich der Gemeinderat weit aus dem Fenster. Was heisst «bewusster Umgang mit den Finanzen» aus Sicht der Einwohner konkret? Welche Möglichkeiten bestehen unter der Annahme, dass die Einnahmenseite mit dem Steuerfuss von 115% nicht verändert werden darf, um allenfalls notwendige Kürzungen bei den Ausgaben vorzunehmen? Die Ausgaben sind meines Wissens grösstenteils gebunden. Bevor der mögliche Handlungsspielraum nicht klar ausgewiesen ist, darf diese Vorlage nicht mit der Zusicherung «Keine Steuererhöhung» vorgelegt werden. Ich bitte den Rat sich über die Finanzierung dieser Grossinvestition Gedanken zu machen und das Postulat zu überweisen.

Novica Vidic (SVP): Für Heiko Loretan: Karin Hefti hat gut erklärt, weshalb dieses Postulat wichtig ist. An der nächsten Sitzung ist es zu spät, dies hat Fabian Schütz in seiner Begründung erklärt. Es geht um das Schulhaus. Wer in diesem Raum kann den Bürgern versprechen, dass der Bau des Schulhauses keine Steuerfusserhöhung zur Folge hat? Niemand, weil wir nicht wissen, wie sich die Situation entwickelt. Weshalb

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

verlangen wir Berechnungen mit verschiedenen Steuerprozenten? Wie kann man 1, 3, 5 oder 6% Steuern einsparen? Vielleicht beantragt der Gemeinderat in der nächsten Legislatur eine Steuerfusserhöhung von 2%, damit alles finanziert werden kann. Deshalb haben wir verschiedene Stufen eingebaut. Mit diesem Postulat zeigen wir den Bürgern transparent auf, dass eine Grossinvestition auf uns zukommt und der Handlungsspielraum sehr beschränkt ist. Viele Möglichkeiten bestehen nicht. Die Finanzen können aus welchen Gründen auch immer in Schieflage geraten und sich nicht wie erwartet entwickeln. Wir blicken voraus, wo Einsparungen möglich sind, damit es nicht zu einer Steuerfusserhöhung kommt. Ich bin überzeugt, dass sich Leute mit dieser Fragestellung überlegen, ob sie dem Schulhausneubau zustimmen sollen. Aufgrund ihrer Bedenken stimmen sie Nein. Mit unserem Postulat zeigen wir, dass wir konkrete Antworten zu diesem Thema geben. Ob es soweit kommt, ist eine andere Diskussion. Das Postulat will die Abstimmung im Mai unterstützen, die Chancen erhöhen, dass der Kredit angenommen wird.

Alex Heinemann (FDP): Es ist weder eine Beschäftigungstherapie für die Verwaltung, noch eine Auswahlendung von sechs verschiedenen Prozentsen. Mit sechs verschiedenen Varianten soll aufgezeigt werden, wie Mittel eingespart werden können. Wir zeigen, dass wir bei unterschiedlichen Ereignissen auch in Zukunft reaktionsfähig sind, insbesondere in Bezug auf die bestehenden finanziellen Entwicklungen. Ich bin schockiert über die Aussagen von Stefan Fehlmann und Heiko Loretan.

Bruno Kaufmann (FDP): Dem Gemeinderat und seiner Finanzplanung wird das Vertrauen ausgesprochen. Die Finanzplanung enthält Desinvestitionen, weshalb darf man nicht über diese sprechen? Wer auf eine Krise vorbereitet sein will, die Bankenkrise hat es soeben gezeigt, braucht einen Notfallplan. Genügen die Mittel nicht, gibt es ein Instrument, welches aufzeigt, wie eine Steuerfusserhöhung von beispielsweise 2% verhindert werden kann.

Stefan Fehlmann (EVP): Ich wurde persönlich angesprochen, folgende Replik: 1. Die Antworten liegen lange nach der Volksabstimmung vor. 2. Wollt ihr eine Antwort, hättet ihr gegen das Schulhaus stimmen oder die Diskussion früher anstossen müssen. 3. Heidi Ammon hat alle Fragen beantwortet. Desinvestitionen sind im Finanzplan einge-

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

stellt. Der Gemeinderat wird diese unterbreiten, sobald er soweit ist. Stellt der Gemeinderat fest, dass es ohne Steuerfusserhöhung nicht geht, muss er einen entsprechenden Vorschlag bringen. Aber hier präventiv Übungen machen - sorry.

Heiko Loretan (Die Mitte): Ich wollte mich in die gleiche Richtung äussern. Das Geschäftsreglement des Einwohnerrates bestimmt: «Wird das Postulat von der Ratsmehrheit dem Gemeinderat überwiesen hat dieser in der Regel innerhalb von sechs Monaten ein Bericht zu machen.» Das reicht nicht mehr bis zur Abstimmung.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Gemeinderat wird bis im Mai keine Antworten geben können. Wir haben eine andere Strategie. Windisch verfügt über eine sehr gute Verwaltung. Steht eine nicht planmässige, im Budget eingestellte Aufgabe an, muss seit Januar ein Antrag an den Gemeinderat zur Bewilligung und Freigabe gestellt werden. Dies wird vorbehaltlos akzeptiert. Vorher musste erst bei ausgeschöpftem Budgetposten ein Antrag gestellt werden. Nun gilt es gut zu überlegen, ist die Ausgabe notwendig oder ist sie für das nächste Budget einzuplanen. Der Gemeinderat hat die Kontrolle an die Verwaltung delegiert und diese nimmt sie sehr gut wahr. Ich greife etwas vor auf das Jahresergebnis 2022, lest den Rechnungsbericht genau. Die Gemeinde ist im beeinflussbaren Teil sehr gut aufgestellt und hat die Sache im Griff. Der nicht steuerbare Teil, Pflegefinanzierung usw., den haben wir nicht im Griff. Die Steuereinnahmen haben wir ebenfalls nicht im Griff, hier entstehen Abweichungen. Ich bitte, Gemeinderat und Verwaltung das Vertrauen zu schenken.

Zu den Desinvestitionen: Sachen, die veräussert werden können, werden dem Einwohnerrat zum Beschluss gelegt. So wie ich es im Moment abschätzen kann, braucht es von der Summe her noch eine Volksabstimmung. Über Desinvestitionen wird diskutiert und die Bevölkerung kann mitentscheiden. Mehr können wir nicht machen.

1 Steuerprozent entspricht CHF 170'000 / 180'000. Bei der Vorlage des Budgets kann dies überprüft werden. Ich erlaube mir einen Hinweis. Es ist nicht der Gemeinderat, welcher das Geld ausgibt, sondern eigentlich ist es der Einwohnerrat. Dieser gibt manchmal zusätzlich Geld aus, weil er nochmals eine Planung verlangt, welche eine zweite Botschaft erfordert. Oft weiss der Gemeinderat nicht so klar, wie er den richtigen Weg findet, um zwei Themen zu bereinigen. Es ist nicht an der Verwaltung. Es liegt am Einwohnerrat, der Politik, auch ein Stück weit entgegenzukommen und mitzutragen.

Protokoll des Einwohnerrates
22. März 2023

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 12 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat SVP/FDP-Fraktion «Evaluierung von Sparpotential in der Gemeinde Windisch» wird nicht überwiesen.

Der Einwohnerrat fasst mit 16 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat SVP/FDP-Fraktion «Desinvestitionspotentiale» wird nicht überwiesen.

12 Postulat SVP-/FDP-Fraktion; Verzicht auf ein extern erstelltes Klimakonzept; Überweisung

Philipp Umbricht, Einwohnerratspräsident (FDP): Es ist 22.00 Uhr und somit sind wir am Ende der reglementarischen Beratungsdauer. Wir müssen einerseits über eine Verlängerung abstimmen, andererseits muss die Turnhalle nach der Sitzung noch aufgeräumt werden, damit morgen früh geturnt werden kann. Eine Verlängerung ist somit längstens bis 22.30 Uhr möglich. Ich schlage vor, dass das wir Traktandum 12 noch beraten und anschliessend zu den Mitteilungen des Gemeinderates gehen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat stimmt der Verlängerung der Sitzung bis 22.30 Uhr mehrheitlich zu.

Novica Vidic (SVP): Die SP hat in ihrer Fraktionserklärung festgehalten, dass die Verantwortung nicht auf zukünftige Generationen geschoben werden soll. Dies ist auch das Thema dieses Postulates. Dieses empfiehlt das Konzept ohne externe Dienstleister zu realisieren. Die Verwaltung hat in der Vergangenheit und auch heute gezeigt, dass

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

sie vieles selbst bewältigen kann. Wir haben gehört, dass das Vertrauen in den Gemeinderat da ist. Deshalb sind wir überzeugt, dass das Konzept durch die Gemeinde ohne externe Firma und hohe Kosten selbst erarbeiten kann. Ich bitte das Postulat zu überweisen.

Isabelle Bechtel, Gemeinderätin (FDP): Die Verwaltung ist grundsätzlich in der Lage ein Klimakonzept selber zu erstellen. Es muss aber nicht einfach ein Papier geschrieben werden. Es geht um den Prozess, welcher zum Konzept führt und wie dieses von allen Beteiligten getragen und umgesetzt wird. Die Motion will, dass beispielsweise die Bevölkerung und Fachkommissionen bei der Erarbeitung des Fachkonzeptes einbezogen werden. Das Klimakonzept soll nicht die Haltung der Verwaltung abbilden, vielmehr soll ein breit abgestützter partizipativer Prozess zu diesem Konzept führen. Dieser erfordert viel Wissen und Ressourcen und diese stehen intern nicht zur Verfügung. Der Einbezug von Externen bringt Aussensichten und neue Elemente ein, welche sehr wertvoll sein können. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die vorgesehene Erarbeitung des Klimakonzeptes nur mit Unterstützung von Fachleuten erstellt werden kann. Ansonsten besteht das Risiko, dass anstelle eines griffigen Klimakonzeptes ein Papiertiger entsteht, welcher weder von der Politik, noch der Bevölkerung getragen wird. Das Postulat will Kosten einsparen. Ein kurzsichtiges Verhalten führt zu grösseren Kosten, um die Folgen des Klimawandels zu generieren. Der Gemeinderat empfiehlt das Postulat nicht zu überweisen.

Isabelle Schneider (Grüne): Das Postulat ist ein Versuch von SVP und FDP die Motion «Windisch 2040 Treibhausgas-Neutral» zu untergraben und den Entscheid des Einwohnerrates vom Juni 2022 rückgängig zu machen. Wer der Motion zugestimmt hat, dem war klar, dass Windisch weder über die zeitlichen, noch die fachlichen Ressourcen verfügt, um ein strategisches Klimakonzept mit entsprechenden Umsetzungsmassnahmen zu erarbeiten. Die Gemeinde setzt in den verschiedensten Bereichen externe Dienstleister ein, beispielsweise bei der Erarbeitung von Pflichtenheften, bei der Durchführung von Wettbewerbsverfahren, Machbarkeitsstudien, für die Planung von Strassensanierungen, die Durchführung von Partizipationsprozessen usw. Bei der Erarbeitung einer Klimastrategie mit entsprechenden Massnahmen soll nun auf externe Experten verzichtet werden. Der genaue Grund ist für mich nicht ersichtlich. Unsere Verwaltung

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

verfügt weder über die zeitlichen, noch fachlichen Ressourcen um dieses Projekt im Alleingang zu bewältigen. Andere Gemeinden in unserer Grössenordnung, wie beispielsweise Rüti ZH, Ittigen BE oder Küssnacht haben für die Erarbeitung von Klimaverordnungen, Klimastrategien, Erstellung von CO₂-Bilanzen usw. externe Unterstützung geholt. Natürlich erwarten wir, dass externe Dienstleister nur wo notwendig und sparsam eingesetzt werden. Die Gemeinde soll sich auf Hilfsmittel stützen, wie der «Wegweiser Klimastrategie» vom BAFU, wenn immer möglich Eigenleistungen erbringen. Dieses Vorgehen erwarte ich bei allen Projekten. Es ist immer eine Frage der Priorisierung. Ich persönlich priorisiere die Finanzierung einer Klimastrategie und entsprechende Klimaschutzmassnahmen vor der Finanzierung von Strassenprojekten. Das Klima braucht uns jetzt, stecken wir den Kopf weiterhin in den Sand, werden die Klimafolgekosten deutlich höher sein.

Heiko Loretan (Die Mitte): Ich schliesse mich nicht ganz, aber im Wesentlichen Isabelle Schneider an. Das Postulat ist ein Jungenstreich, um die Klimastrategie abzuschliessen. Es ist jedoch kein Jungenstreich, sondern ein Eigengoal. Darum: Nicht überweisen.

Martin Gautschi (FDP): Ich muss schmunzeln. Man ist wirklich überzeugt, mit einer Klimastrategie im kleinen Windisch das Klima retten zu können. Ich habe den Eindruck es geht nur um Ideologie in der heutigen Debatte. Man sollte Sparwillen zeigen, man muss ehrlich ein, der Nutzen ist sehr bescheiden. Isabelle Schneider denkt wirklich, dass sie damit das Klima retten kann. Ich frage mich über die Seriosität und die Kausalität. Die Argumentation, es gebe weniger Kosten, greift zu kurz. Ich wiederhole nochmals: CHF 38.6 Mio., Zeit den Bürgern den vorhandenen Sparwillen des Einwohnerrates zu zeigen. Die auf uns zukommenden Ausgaben werden einfach verdrängt.

Stefan Fehlmann (EVP): Für mich greift es zu kurz, wie soll mit einer Einsparung von CHF 24'000 ein Schulhaus finanziert werden? Wir haben dem Klimakonzept zugestimmt und es braucht externe Unterstützung. Wir lehnen das Postulat ab.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 12 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat SVP-/FDP-Fraktion «Verzicht auf ein extern erstelltes Klimakonzept» wird nicht überwiesen.

13 Beantwortung von gestellten Fragen 22.03.2023

Aus zeitlichen Gründen wurden die gestellten Fragen schriftlich über das Axioma beantwortet.

Anfrage Mirjam Aebischer (SP) betreffend Internes Kontrollsystem der Bauverwaltung

1 *Wie werden die Auflagen überprüft?*

Im Prozessmanagementsystem ist der Prozess «Baubewilligungen» beschrieben. Im Rahmen dieses Prozesses ist beschrieben resp. festgelegt, wie mit Auflagen umgegangen wird.

Auflagen werden ja nach Umschreibung vor, während oder nach Bauvollendung geprüft. Die Abnahmen werden durch extern beauftragte Mitarbeitende kontrolliert und vollzogen.

Der Prozess wird periodisch auf Funktion, Einhaltung und Konformität überprüft und wo nötig angepasst.

2 *Wie wird sichergestellt, dass beim angegebenen Zeitpunkt die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes eingefordert wird?*

Die Auflagenerfüllung bei zeitlich befristeten Vorhaben wird periodisch überprüft.

3 *Wie kommt dabei das interne Kontrollsystem IKS zur Anwendung?*

Die laufenden Bauvorhaben werden periodisch, mindestens einmal jährlich, überprüft. Die Zwischenkontrollen und Abnahmen werden durch eine externe Stelle durchgeführt - die Mängelbehebung wird terminiert und überprüft.

4 *Ist eine Liste von fälligen Auflagen aus dem IKS vom Einwohnerrat einsehbar?*

Es ist zu berücksichtigen, dass die Kontrolle der Einhaltung der Auflagen den Behörden und nicht den Privaten obliegt.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Eine rechtskräftige Baubewilligung inkl. den auferlegten Auflagen ist grundsätzlich nicht öffentlich zugänglich.

Unter gegebenen Voraussetzungen (Glaubhaftmachen eines schützenswerten Interesses) kann die Einsicht in Baubewilligungen und deren Auflagen gewährt werden. Bei einem Gesuch um Einsichtnahme sind betroffene Interessen gegeneinander abzuwägen.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission prüft das interne Kontrollsystem und legt jeweils die entsprechenden Schwerpunktthemen fest. Die Abläufe der Planung und Bau wurden vor einigen Jahren überprüft.

Anfrage Mirjam Aebischer (SP) «Reinigung der Privatstrassen»

- 1 Weshalb werden Privatstrassen nicht mehr gereinigt?

Privatstrassen werden nie durch die Gemeinde gereinigt. Sie sind im Eigentum von Privaten. Für die Reinigung sind die jeweiligen Eigentümer verantwortlich. Das Bauamt kann als Dienstleister gegen Abgeltung (Vereinbarung mit jährlicher Rechnungsstellung) die Reinigung durchführen.

- 2 *Ab wann können wir damit rechnen, dass auch Privatstrassen wieder regelmässig geputzt werden?*

Es steht den Eigentümern frei, ihre Strasse selbst zu reinigen oder die zu erbringenden Leistungen für die Strassenreinigung der Privatstrassen einzukaufen (z.B. das Bauamt der Gemeinde) und dies entsprechend zu finanzieren.

Es besteht ebenfalls die Möglichkeit, die Privatstrassen mit Zustimmung aller Eigentümer der Gemeinde zu übergeben und sie damit in eine öffentliche Strasse zu überführen.

Anfrage Thomas Wernli (SP) «Umsetzung KGV und NLEK

- 1 *Gibt es einen Zeitplan für die Umsetzung der Massnahmen aus KGV und NLEK, sowie eine Liste der schon umgesetzten Massnahmen?*

Protokoll des Einwohnerrates

22. März 2023

Die Massnahmen der behördenverbindlichen Planungsinstrumente KGV und NLEK werden jährlich, auch im Zusammenhang mit dem Budget, geplant. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Budgets. Im Geschäftsbericht finden sich jeweils Hinweise.

- 2 *Wie respektive durch wen wird die Umsetzung in laufenden Planungen sichergestellt?*

Die Fachkommissionen und die Verwaltung sind jeweils mit der Planung und der Umsetzung der Massnahmen beschäftigt; der Gemeinderat hat die Aufsicht, resp. gibt Massnahmen frei oder bestimmt spezifische Vorgaben für einzelne Massnahmen.

Im Rahmen der jährlichen Budgets werden die notwendigen Mittel durch den Einwohnerrat genehmigt.

Massnahmen werden, wo nötig und möglich, mit der Stadt Brugg koordiniert und abgesprochen.

Anfrage Nadja Sträuli (GLP) «Information der Windischer Bevölkerung bezüglich der Strategie EW»

- 1 *Wann informiert der Gemeinderat die Windischer Bevölkerung über den aktuellen Stand in der Strategievereinbarung?*

Der Gemeinderat wird die Öffentlichkeit nach Abschluss der Strategie-Workshops darüber informieren.

- 2 *Ist eine transparente Kommunikation zu den Hintergründen der Verwerfungen im EW geplant?*

Nein, es ist keine weitere Kommunikation zu diesem Thema geplant. Aus personalrechtlichen Gründen würde dies dazu führen, dass nur ein Bruchteil der Informationen herausgegeben werden könnte, was wiederum zu neuen Fragen und Spekulationen führen würde. Vielmehr möchte sich der Gemeinderat darauf konzentrieren und entsprechend auch kommunizieren, dass das EW Windisch im Rahmen der Neuausrichtung neu aufgestellt wird.

- 3 *Wird die Bevölkerung darüber informiert, welche Massnahmen getroffen werden, dass so ein Fall nicht mehr vorkommt?*

Die Bevölkerung wird darüber informiert, dass mit der Neuausrichtung des EW Windisch eine stabile Organisation geschaffen wird, damit die Dienstleistungen des

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

EW Windisch auch zukünftig für alle Kundinnen und Kunden zufriedenstellend erbracht werden können. Selbstverständlich werden für die internen Prozesse die Lehren aus dieser Situation gezogen.

- 4 *Welche kurz- und mittelfristigen Massnahmen trifft der Gemeinderat bezüglich der hohen Strompreise? Wann informiert der Gemeinderat die Bevölkerung über diese Massnahmen?*

Der Gemeinderat hat die Bevölkerung bereits mit der Ankündigung der Strompreise 2023 darüber informiert und wird im Rahmen des Versands der 1. Akontorechnungen 2023 mittels einer Kundeninformation über die Strompreise, die getroffenen Massnahmen und auch die Zusammenarbeit mit der IBB Energie AG informieren. Die Massnahme, welche bereits im letzten Jahr ergriffen wurde, ist die Anpassung der Beschaffungsstrategie, welche die stark schwankenden Energiepreise glättet und dadurch das Risiko von grossen Preisschwankungen zukünftig deutlich verringert.

14 Mitteilungen des Gemeinderates 22.03.2023

Bruno Graf, Gemeinderat (SP):

Asylwesen

Am 8. März 2023 lebten in Windisch 70 Asylsuchende oder Geflüchtete, 44 Schutzsuchende bei Privaten oder Unterkünten der Gemeinde, 13 Personen mit Aufenthalt F, N oder B in der kantonalen Unterkunft an der Unterwerkstrasse und 13 UMAS, unbegleitete, minderjährige Asylsuchende, an der Zürcherstrasse 37. Die Asylsuchenden in den Unterkünten Unterwerkstrasse und Zürcherstrasse werden vom Kanton betreut. Schutzsuchende mit Status S werden von der Gemeinde begleitet. Die Anzahl ändert täglich durch Neuzuweisungen des Kantons oder Rückkehrenden. Die Zahl der zugewiesenen Personen wird in den nächsten Tagen und Wochen mit hoher Wahrscheinlichkeit zunehmen. UMAS unter 16 Jahren werden in Windisch beschult, 6 Jugendliche sind bisher in den Schulbetrieb aufgenommen worden. Die nötigen Ressourcen stellt der Kanton zur Verfügung. Der Gemeinderat ist mit dem Kanton in einem regen, offenen Austausch um diese Verbundsaufgabe im Asyl- und Flüchtlingsbereich lösungsorientiert anzugehen.

Protokoll des Einwohnerrates**22. März 2023**

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

Regionales Gesamtverkehrskonzept

Viel Neues gibt es seit dem letzten Mal nicht. Die Planung im Bereich Velo, Veloroute, Velotunnel ist im Gange und wir sind noch nicht viel weiter. Im Teil Baden wurde die Mitwirkung durchgeführt. Ich hoffe, dass sich der eine oder andere dort eingebracht hat.

Stadtraum Brugg-Windisch

Der partizipative Prozess ist abgeschlossen und der Bericht erstellt. Aufgrund der vielen Eingaben hat dies mehr Zeit beansprucht als geplant. Der sehr aussagekräftige, gute Bericht ist dem Einwohnerrat zugänglich gemacht worden. Im Moment laufen die Vorbereitungen für die Ausschreibung der Testplanung. Das Pflichtenheft muss erstellt und die Testplanung vorbereitet werden. Die nächste Sitzung der Echogruppe ist am 7. Juni 2023. Der nächste Schritt wird die Vorbereitung des Infoanlasses des Einwohnerräte von Brugg und Windisch vom 19. September sein, wo wir über die nächste Kredittranche informieren. Im Moment ist noch unklar, ob dieser Anlass nur für die Einwohnerräte oder unter Umständen auch weiteren Kreisen zugänglich ist.

Bereichsleitung Baubewilligungen

Wir konnten per 1. April die Bereichsleitung Baubewilligungen besetzen. Dies hat Auswirkungen, im ehemaligen Sitzungszimmer im 8. Stock werden 2 Arbeitsplätze eingerichtet. Das Sekretariat wird künftig im 8. Stock, die Bereichsleitungen im 7. Stock sein. Die Anmeldung erfolgt in Zukunft im 8. Stock. Wir werden die Öffentlichkeit über diese Änderung noch informieren.

15 Neueingänge

- Motion FDP-Fraktion «Neuregelung von planbaren und geschwisterkompatiblen Stundenplänen in der Primarschule am Nachmittag»
- Motion FDP-Fraktion «Neuregelung des Unterrichtsbeginns in der Primarschule am Nachmittag»

**Protokoll des Einwohnerrates
22. März 2023**

- Postulat FDP-Fraktion «Einführung einer Tagesschule in der Gemeinde Windisch»

Schluss der Sitzung: 22.20 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:



Der Gemeindeschreiber II:

